

# Die Baugewerkschaft

## Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Ercheint jeden Sonntag.  
 Abonnementspreis pro Quartal 2,- Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
 Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
 Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.  
 Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
 Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
 Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 601. Tel.: Amt Königstadt 4337.  
 (Verbandsanzeigen wie Versammlungsinerate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)  
 Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 10. Berlin, den 9. März 1913. 14. Jahrgang.

### Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Am 25. Februar wurden die Verhandlungen zwischen den Parteien wieder aufgenommen. In der Frage der Zuzicherung einer Lohnerhöhung erklärten die Parteien, auf ihrem früheren Standpunkte beharren zu wollen. Da über die Auslegung des am 22. Januar seitens der Herren Unparteiischen gemachten Vorschlags keine einheitliche Meinung bestand, gaben die Unparteiischen folgende Erläuterung hierzu:

Bei unserem am 22. Januar gemachten Vorschlag sind wir von der Annahme ausgegangen, daß es im Interesse der Fortführung dieser Verhandlungen und zur Schaffung von Grundlagen für eventuelle örtliche Verhandlungen geboten ist, auf jeden Fall Hauptvertrag und Vertragsmuster — wenn auch vorerst unverbindlich — festzustellen. Dieses Vorgehen ist bei der ganzen bisherigen Tarifvertragspolitik auch in allen übrigen Gewerben üblich gewesen und dürfte allein geeignet sein, schließlich zu einem praktischen Ergebnis zu führen. Die im Hauptvertrag vorgesehenen allgemeinen Bestimmungen insbesondere über Dauer des Vertrags, Arbeitszeit, Zulässigkeit und Umfang der Aushilfsarbeit, sind unerlässliche Grundlagen für eine örtliche Verhandlung und Verhandlung. Wenn die Unparteiischen in ihrem Vorschlag erklärt haben, es soll schließlich nochmals in eine ernüchterte Prüfung der Zuzicherung einer allgemeinen Lohnerhöhung seitens des Arbeitgeberverbandes vor Aufnahme der örtlichen Verhandlungen eingetreten werden, so sollte hierdurch den Arbeitgebern Anregung gegeben werden, inwieweit Fühlung im Lande zu nehmen und eventuell ein Zugeständnis zu machen. Es sollte somit die Zuzicherung einer allgemeinen Lohnerhöhung nicht als Vorbedingung der Verhandlung über Hauptvertrag und Vertragsmuster angesehen werden.

Die Arbeitgebervertreter stimmten dieser Auffassung zu, erklärten außerdem noch einmal, von ihrem bisher in der Lohnfrage eingenommenen Standpunkte nicht abzuweichen zu können. Nach längerer Beratung der Arbeitervertreter unter sich, gaben dieselben folgende Erklärung ab:

In Wiederholung unserer Erklärung, daß wir geneigt sind, mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe einen zentralen Tarifvertrag abzuschließen und die dafür erforderlichen Grundlagen zu schaffen, müssen wir erneut und mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck bringen, daß wir keinen zentralen Tarifvertrag abschließen können und wollen ohne eine allgemeine, die Feuerungsverhältnisse berücksichtigende Lohnerhöhung, und zwar für den ganzen Bereich des Tarifes.

Wir erklären ferner, daß wir den Sinn der Vereinbarungen vom 22. Januar anders aufgefaßt haben, als er heute von den Herren Unparteiischen dargelegt wird, und daß wir die Erklärung der Unparteiischen über den richtigen Gang von Vertragsverhandlungen nicht akzeptieren können. Es ist zwar richtig, daß bei uns und auch in anderen Gewerben bisher so verfahren worden ist. Aber die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit ist damit durchaus nicht bewiesen, da bisher noch keine Vertragsverhandlung zu ähnlicher Lösung geführt hat. Wir halten daran fest, daß die erste Grundlage des Tarifvertrages der Lohn ist und daß deshalb auch die Zuzicherung einer Lohnerhöhung für das ganze Vertragsgebiet allen anderen Verhandlungsgegenständen vorzuziehen müßte.

Obwohl alle diese Punkte bereit, in weitere Verhandlungen über ein Vertragsmuster einzutreten, unter der Voraussetzung, daß am Schlusse der Verhandlung doch noch die von uns geforderte Erklärung abgegeben wird, und unter dem Vorbehalt, daß von einem zentralen Tarifvertrag und dem Abschluß eines zentralen Tarifvertrages nicht die Rede sein kann, wenn nicht in allen Bezirken eine Lohnerhöhung zugestimmt wird.

Ob und in wie weit gleichzeitig oder anschließend über einen sogenannten Hauptvertrag gesprochen werden kann, überlassen wir dem Gang der Verhandlungen. Die Arbeitgebervertreter antworteten mit folgender Entschliebung:

Wir wiederholen, bereit zu sein, auf Grund des Vorschlages des Herrn Unparteiischen über den Vertrag zu verhandeln.

Die Bedingung, „daß am Schlusse der Verhandlungen doch noch die geforderte Erklärung abgegeben und daß von dem Abschluß eines Zentraltarifvertrages nicht die Rede sein kann, wenn nicht in allen Bezirken eine Lohnerhöhung zugestimmt wird,“ müssen wir ablehnen. Die gewünschte Erklärung können wir am Schlusse der Verhandlung ebenso wenig abgeben wie vorher. Verhandlungen über die Lohnerhöhung halten wir zunächst nur bezüglich der örtlichen für möglich, und zwar unter Zugrundelegung des vorher festzustellenden Hauptvertrags und Vertragsmusters.

Nunmehr wurde in die Verhandlungen über Hauptvertrag und Vertragsmuster eingetreten. Nach kurzer Beratung stellte sich jedoch heraus, daß dieselben nicht weitergeführt werden konnten, solange nicht die gegenseitigen Abänderungsanträge ausgetauscht seien. Der Vereinbarung vom 23. Januar gemäß, sollten diese ja nur zu Händen der Unparteiischen, zwecks persönlicher Information, gegeben werden. Um den Austausch zu ermöglichen und die gestellten Abänderungsvorschläge übersichtlich zu gestalten, mußten die Verhandlungen ausgesetzt werden. Sie wurden bis zum 9. März vertagt.

### Der Schiedsspruch im Malergewerbe.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe sind in den Tagen vom 22. bis 24. Februar beendet worden. Gegen die bereits an dieser Stelle kurz besprochenen Entscheidungen der Gewerkschaften bezüglich Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen erhob der Arbeitgeberverband Einspruch und behauptete, diese Entscheidungen seien geeignet, die Malermeister wirtschaftlich zu ruinieren. Ein Hamburger Arbeitgeberführer ging sogar so weit, den Einigungsämtern zwar nicht den guten Willen, sondern die Fähigkeit zur gerechten Beurteilung der Lohnfrage abzuspochen. — Gegenüber führte der Vertreter des christlichen Malerverbandes Brauer u. a. folgendes aus:

Wir ersuchen um eine Revision der Schiedssprüche deshalb, weil in ihnen die Bedürftigkeit des Malergewerbes nicht genügend berücksichtigt ist. Es fällt uns gewiß nicht ein, gleich den Arbeitgebern, den Schiedsrichtern Unfähigkeit vorzuwerfen. Die Herren haben gewiß sich redlich bemüht, einen Ausgleich herbeizuführen und den sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Bei dem harten Festhalten der Arbeitgeber an ihren Berliner Angeboten war ihre Aufgabe ja außerordentlich erschwert. Wir wünschen vor allem, daß die allgemeine Lohnerhöhung der Bedürftigkeit unserer Kollegen angepaßt wird und das Schwerkgewicht der Erhöhung auf das erste Jahr gelegt wird. Wenn man von Arbeitgebersseite erklärt, daß die schlechte Konjunktur im Baugewerbe eine Erhöhung der Löhne ihnen unmöglich mache, so siehe dem gegenüber, daß nach Abschluß der neuen Verträge im Baugewerbe eine Belebung sicherlich eintreten werde. Im Schiedsspruch des Gewerkschaftsamt München sei ja auch darauf als einer Erfahrungssache verwiesen. Ein Beispiel sei aus der letzten Tarifperiode angezogen. Nach dem statistischen Jahrbuch der Stadt Essen sind 1909 — vor Ablauf der Tarife — 45 Gebäude errichtet, 1910 nach Inkrafttreten der neuen Verträge 956 und 1911 sogar 1409. Wenn die Verhältnisse auch nicht allgemein so liegen, so zeigt diese Statistik doch, daß man unmöglich

nach einem momentan ungünstigen Stand eines Gewerbes die Tarifverträge für eine dreijährige Periode gestalten könne.

Die Arbeitgeberführer der einzelnen Gauen machten Lohnangebote in ähnlicher „Höhe“, wie bei den früheren Verhandlungen; sie bewegten sich zwischen 1/2 und 3 Pf. pro Stunde. Einige Orte boten in besonders nobler Weise nur 1 Pfennig, — verteilt auf drei Tarifjahre. — Wie fleißig die Malermeister bei den Schiedsrichtern in die Schule gehen, beweist ihre neue Größe, der Arbeitgebersekretär Dr. Kölich, Barmen, der eine zweistündige Rede ankündigte, um die Begehrtheit der Gehilfen zu zeigen; sie dauerte allerdings nur 20 Minuten, war aber sehr schön. Vier einige Proben: Die Gehilfen haben schon hohe Löhne; Beweis: in Düsseldorf werden in 12 Werkstätten (von 400!) bei mindestens 250 Arbeitstagen pro Jahr an 2000 . $\text{M}$  verdient! Die Arbeitslosigkeit braucht bei Beurteilung der Lohnfrage nicht berücksichtigt zu werden, weil wir Tarife nicht für die Arbeitslosen, sondern für die arbeitenden Gehilfen abschließen. Unser Arbeitgeberverband ist keine Versorgungsanstalt für Arbeitslose; die hängen wir den Gehilfenorganisationen, die die Schuld an den Verhältnissen tragen, an die Halskette! Nachdem der Herr Doktor noch die Städte Düsseldorf und Münster i. W. als kleine Landstädchen, Kaffee — bezeichnet und noch einige weitere Beispiele für seine Sachkenntnis geliefert hatte, war er fertig. Ein Danziger Meister ließ in Thorn die Ferkel in Gummischuhen aus Rußland über die Grenze spazieren und sagte den Gehilfenvertretern nach, sie wollten für Danzig deshalb eine große Zunderbütte — in Form von Lohnerhöhung — damit sich dies keine Kind nicht nachher in die Erde stellt und plarrt. — So oder ähnlich wurde zwei Tage verhandelt. Am 24. Februar schlossen die drei Unparteiischen die Schiedssprüche für sämtliche Lohngebiete. Da sie auch unseren Kollegen nach mancher Richtung hin als Anhaltspunkte dienen können, geben wir sie nachstehend im Wortlaut wieder.

- Schiedssprüche.
- Allgemeines.
- I. Arbeitszeit.
1. Von einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit ist auch innerhalb der einzelnen Gauen abzusehen. Dagegen erscheint es im allgemeinen berechtigend, für einzelne Orte mit 10stündiger Arbeitszeit eine mäßige Herabsetzung im Höchstbetrage von 1/2 Stunde, bei sofort, sei es im Laufe der Vertragsdauer, vorzunehmen. Inwieweit sind die Schiedssprüche der Gewerkschaften mit den unter B. vorgesehenen Abweichungen zu bestätigen.
  2. Für die Herabsetzung ist ein mäßiger Lohnausgleich zu gewähren, und zwar in Höhe von 1 Pf. bei 1/2stündiger, von 2 Pf. bei 1stündiger täglicher Verkürzung.
- II. Löhne.
1. Die Entscheidungen der Gewerkschaften werden, soweit sie die Erhöhung der Löhne ausschließlich des Lohnausgleichs für Arbeitszeitverkürzung mit 2 bis 3 Pf. vorgesehen haben, im allgemeinen gebilligt. Es waren deshalb alle außerhalb dieser Grenzen liegenden Lohnregelungen entsprechend zu ändern.
  2. Bei der Lohnerhöhung ist nicht zwischen Gehilfen unter und über 20 Jahren zu unterscheiden.
  3. Bei Verteilung der Lohnerhöhungen innerhalb der Vertragsdauer ist das erste Jahr mit mindestens 2 Pf. besonders zu berücksichtigen.
  4. Die Erhöhung ist nur für die tarifliche Löhne anzuspochen, da es bezüglich der allgemeinen Lohnerhöhung lediglich der Feststellung bedarf, daß der Arbeitgeberverband diese auch ohne tarifliche Bindung für selbstverständlich erklärt hat.
  5. Die Erhöhung tritt im Jahre 1913 mit Inkrafttreten des Vertrags, im Jahre 1914 und 1915 am 1. März ein.
- Es folgt dann die besondere Regelung innerhalb der einzelnen Gauen.
- Consignes.
1. Der Reichstarif gilt für die Angehörigen der beiderseitigen Organisationen in allen Orten des Deutschen Reichs, auch da, wo bisher Ortsverträge nicht be-



sehen. So die beiderseitigen Organisationen vertreten sind, ist ein Vertrag unter Zugrundelegung des Reichstarijs unter jüngemäßiger Anwendung der Schiedsprüche über Lohn und Arbeitszeit vor dem zuständigen Ortstarijamt zu schließen.

Bei der Ermittlung der Löhne ist jeweils der vergangene 1. Juli zugrunde zu legen und die für das betreffende Lohngebiet vorgelehene Steigerung entsprechend der noch in Betracht kommenden Dauer des Tarifvertrages zu vereinbaren.

2. Mit der neuen Fassung des Vertragsschemas über Arbeitsnachweise bezwecken die Unparteiischen eine weitere Förderung der paritätischen Arbeitsnachweise. Zufolge dessen müssen mindestens die bisherigen paritätischen Arbeitsnachweise, jedoch nur nach Maßgabe des neuen Vertragsschemas, beibehalten werden. Die Ortstarijämter haben binnen sechs Monaten nach Abschluss des Vertrages zu prüfen, ob und in welcher Weise die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen ins Auge zu fassen ist.

3. Unter Bezugnahme auf die Erklärung der Unparteiischen über Abschluss von Sonderverträgen, erklären die Unparteiischen auf Grund der neuerlichen Erörterungen, daß sie im Interesse der einheitlichen Durchführung des Reichstarijvertrages es für geboten erachten, an dem bisherigen Zustande festzuhalten mit Ausnahme der Stellungnahme zum Bunde Deutscher Dekorationsmaler, der ja auch allein Veranlassung zu der betroffenen Forderung gegeben hat.

Gründe.

Die Unparteiischen sind in der Lage, die von den Kantarijämtern bezüglich Arbeitszeit und Lohnerhöhung gefällten Schiedsprüche im allgemeinen zu billigen.

1. Hinsichtlich der Arbeitszeit sind die meisten Schiedsprüche darauf aufgebaut, daß in einzelnen Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen, namentlich in Wohnungs- und Verkehrsangelegenheiten eine Verfürzung um 1/4 bis 1/2 Stunde angebracht sei. Diesen Standpunkt teilen die Unparteiischen im vollen Umfange. Es ist nicht angängig, ohne Prüfung von Fall zu Fall eine allgemeine Verabreichung der Arbeitszeit auch innerhalb eines ganzen Ganges eintreten zu lassen, da gerade bei der Frage der Arbeitszeitverfürzung die individuellen örtlichen Verhältnisse eine ausschlaggebende Rolle spielen. Weiterhin gingen die Unparteiischen davon aus, daß, soweit nicht anderweitige Angebote oder Vereinbarungen vorliegen, nur in Gebieten mit lüftändiger Arbeitszeit eine mäßige Verfürzung angebracht ist.

Die Unparteiischen hielten es ferner für angemessen, auch einen mäßigen Lohnausgleich für die Verfürzung der Arbeitszeit zu gewähren. Wenn sie hierbei für eine durchschnittliche Verfürzung einen Lohnausgleich von 1 Pf. für eine halbstündige einen solchen von 2 Pf. in Ansatz brachten, so waren sie sich wohl bewußt, daß damit in einzelnen Fällen ein kleiner Teil der Belastung den Gehilfen treffen kann, insofern hierdurch eine Ermäßigung der Lohn zugewilligten Lohnerhöhung eintreten kann. Die Unparteiischen vermögen aber in derartigen Ausnahmefällen keine Unbilligkeit zu erblicken, da die Verfürzung der Arbeitszeit eine wesentliche Verzerrung der sozialen Lage der Gehilfen bedeutet, und sie ja auch in allen Fällen einen wirtschaftlichen Lohnausgleich erhalten.

Bei der Jubillierung der Arbeitszeitverfürzung in Ost II (Preußen und Sachsen) sind die Unparteiischen von der Voraussetzung ausgegangen, daß auf Antrag der Arbeitgeber von Seiten der Arbeiterorganisationen, soweit es die Arbeitsverteilung gestattet, der Wegfall der Frühkassenzeit zugelassen wird.

2. Hinsichtlich der Lohnfrage geht die weitans überwiegende Anzahl der Kantarijamt-Schiedsprüche dahin, eine Verbesserung der Stundenlöhne von 2 bis 5 Pf. zuzubilligen. Dabei vertreten die Kantarijämter mit Bezug auf den Gesichtspunkt, daß die bisherigen verhältnismäßig ungleichen Löhne in ähnlichen oder gleichgelagerten Gewerbegebieten ausgleichend angeglichen werden sollen und zugleich auf kleinere Orte mit geringerer Leistungsleistung und billigerer Lebenshaltung, insbesondere bezüglich der Wohnfrage, Rücksicht zu nehmen sei.

Nur in wenigen Lohngebieten gehen die Schiedsprüche über 5 Pf. hinaus oder sinken unter 2 Pf. So wurde speziell in den Gauen I und V für Hausung und Berlin, aber auch für andere in diesen Gauen liegende Orte viel größere Lohnerhöhungen als in den übrigen Gauen zugewilligt. Eine anerkennende Begründung davon, daß bei diesen Orten trotz der bereits bestehenden verhältnismäßig hohen Löhne besondere Gründe, so hinsichtlich der Lebensmittelpreise, der Wohnungspreise vorliegen, wurde nicht erwähnt. Andererseits fehlt aber auch in ähnlichen Gauen eine hinreichende Handhabe dafür, daß in einer großen Anzahl von Orten keine Verbesserung oder nur eine solche von 1 Pf. angezeigt sei. Es erschien daher angemessen, die von einzelnen Kantarijämtern angebotenen Lohnerhöhungen auf den normalen Maß zurückzuführen. Insbesondere erschien bei den kleineren oder bereits bessergestellten Orten eine noch geringere Lohnerhöhung angezeigt, da insbesondere die Unterzahl auch diese Orte mit ergreifen hat. Als Mindestmaß erschien hier der Betrag von 2 Pf. als billig.

Der insbesondere in der letzten Zeit eingetretene Wandel haben die Unparteiischen auch bei der Verteilung der Gesamtlohnerhöhung Rechnung getragen, indem sie vielfach in Abänderung der Schiedsprüche der Kantarijämter die im ersten Jahre der Tarifvertragsdauer zu bewilligenden Verbesserungen auf 2 Pf. erhöht haben. Diese Maßnahmen wurde einer größeren Anzahl von Orten eine entsprechende Verbesserung der Löhne zugewilligt. Ferner wurde im Interesse der gleichmäßigen Durchföhrung des Tarifvertrages besondere Berücksichtigung der Löhne eines gewissen Ausgleich gefunden haben.

Kath. Dr. Freyner, v. Schulz

Diesem Schiedspruch, sowie dem ganzen Vertragswerk haben die Gehilfenorganisationen — wenn auch nicht allzu freudig! — zugestimmt. Sie haben dadurch gezeigt, daß sie den Frieden ehrlich wollen. Anders der Verband der Malermeister. Dieser erklärte am 28. Februar, daß die Übergröße Mehrheit seiner Mitglieder den Vertrag ablehnt.

Das ist die Kriegserklärung, der wohl schon die kriegerische Tat — die Ausfertigung — gefolgt sein wird, wenn diese Zeilen den Lesern zu Gesicht kommen. Die Gehilfen können die Dinge ruhig abwarten; sie haben den Frieden gewollt und deshalb fällt die ganze Wucht der Verantwortung an diesem vom Zaune gebrochenen Kampf auf die Arbeitgeber und ihre Hintermänner.

Allgemeines.

Im Holzgewerbe dauern die Verhandlungen über die noch bestehenden örtlichen Differenzen, die der bekannte Schiedspruch des Freiherrn v. Berlepich unerledigt gelassen hatte, noch an, zum Teil bejassen sie sich auch noch mit dem Schiedspruche selbst. Die Lage sah diesbezüglich in den letzten Tagen vorübergehend wieder recht bedrohlich aus. Zurzeit wird örtlich verhandelt, die Verhandlungen finden jedoch sämtlich in Berlin statt und zwar dergehalt, daß alle 54 für die Tarifverneuerung in Betracht kommenden Städte ihre Vertreter nach Berlin entsandt haben. Diese örtlichen Verhandlungen, bei denen es teilweise sehr lebhaft zugeht, haben am 28. Februar begonnen und finden teilweise noch heute statt. Doch scheint's, daß für die Mehrzahl der Städte eine Einigung zustande kommt, bzw. schon zustande gekommen ist. Bereits am Sonntag, den 1. März, war für eine ganze Reihe von Städten eine Einigung erzielt. Für Berlin liegen die Verhältnisse etwas eigenartig, indem hier branchenweise verhandelt wird. Während in einigen Branchen, so in der Baubranche, eine Einigung erzielt ist, liegen in anderen noch einige Differenzen vor. Den Hauptstreitpunkt für Berlin bildet nach wie vor die Arbeitsnachweisfrage. Es handelt sich um den Nachweiszwang, das sog. Obligatorium, das bekanntlich vom christlichen, wie auch vom Reich-Demokratischen Holzarbeiterverbande abgelehnt wird, während der sozialdemokratische Verband aus leicht zu durchschauenden Gründen an demselben festhält. Das Ergebnis der örtlichen Verhandlungen, die voraussichtlich bis zum nächsten Mittwoch (3. März) zu Ende geführt sein dürften, unterliegt dann noch der endgültigen Entscheidung der beiderseitigen Zentralinstanzen.

**Großer Schneiderstreik in der Berliner Herrenkonfektion.** Die Lohnverhandlungen im Herrenkonfektionsgewerbe sind endgültig gescheitert. Eine vom Verbande der Schneider einberufene Versammlung faßte folgenden Beschluß:

„Die heute, den 2. März 1913, in den Konfektionsfäden tagende Mitgliederversammlung der Berliner Herrenkonfektionsschneider erklärt nach Kenntnisnahme des Berichtes durch die Vertreter, daß die arbeitgeberseitig gemachten Angebote vollkommen ungenügend sind. Sie lehnt die Angebote ab und beschließt, von Montag früh an den Streik einzutreten. Die bisher seitens der Verhandlungskommission gemachten Zugeständnisse an die Arbeitgeber werden hiermit zugleich zurückgezogen.“

Es kommen ungefähr 4000 Schneider für den Streik in Betracht.

**Der Friedensschluß in Revelaer,** der durch die Tagespresse unieren Kollegen schon bekannt sein dürfte, kam auf folgenden Grundlauge zustande, die beiderseitig schriftlich anerkannt wurde:

1. Die Gewerkschaften erkennen an, daß die Unternehmer nach ihrem Ermessen Arbeiter einstellen und kündigen können, insofern sich diese Maßnahmen nicht grundsätzlich gegen die gewerkschaftliche Organisation richten.
2. Jede Agitation für oder gegen die Gewerkschaft im Betriebe ist unzulässig.
3. Die Fabrikanten erklären, daß ihnen eine Ablehnung der Organisation als solcher ferngelegen hat und erkennen die Gewerkschaften an.
4. Die Fabrikanten erklären, daß die Lohnfrage auszuseiden muß, weil sie infolge des wirtschaftlichen Kampfes nicht in der Lage sind, die Löhne zu heigern. Die Fabrikanten sind indessen grundsätzlich bereit, innerhalb etwa eines Jahres, aber nicht vor Ablauf eines halben Jahres einen Tarif mit der Gewerkschaft abzuschließen, der die technischen und wirtschaftlichen Besonderheiten der Revelaer Beschäftigten entsprechend berücksichtigt; dabei wird ein Ausgleich der Löhne und nach Lage des Gewerbes und der Konjunktur eine entsprechende Erhöhung eintreten.
5. Der Arbeiterausschuß des einzelnen Betriebes ist für die Behandlung der Spezialitäten des Betriebes in diesem Vertrage die zunächst zuständige Instanz.
6. Jeder Betrieb erhält vor dem 1. Jule dieses Jahres einen Arbeiterausschuß, der in freier Wahl der großjährigen Arbeiter gewählt wird. Wählbar sind nur die Arbeiter, die außerdem wenigstens zwei Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Diese Bestimmungen hinsichtlich der Wählbarkeit gelten nur für die Betriebe, in denen zurzeit der Wahl die genügende Anzahl von Arbeitern vorliegt.
7. Die Einstellung der in diesem Vertrage befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgt zum 1. Jule des Monats Montag, den 24. d. M.; der übrigen Arbeiter in acht bis vierzehn Tagen.

Zu diesen Abmachungen wurden noch Erläuterungen protokolllarisch festgelegt, die sich auf die Einstellung der Arbeiter, auf Bezahlung der Ueberarbeit und auf das Organisationsverhältnis in den Betrieben beziehen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen können mit dem Ausgang der Bewegung zufrieden sein, sie haben einen bemerkenswerten Erfolg erzielt. Das Koalitionsrecht, um das sich dieser Kampf in der Hauptsache gedreht hat, ist nicht nur freigegeben, sondern praktisch anerkannt; und zwar durch die Bestimmung, daß in längstens Jahresfrist ein Tarifvertrag abgeschlossen sein muß. Neben dem prinzipiellen ist das ein beachtlicher materieller Erfolg. Selbstverständlich sind nunmehr alle Maßnahmen, die von der christlichen Arbeitererschaft zur Unterstützung des Graphischen Zentralverbandes in die Wege geleitet wurden, und die in ihrer Wirkung den Abfall der Revelaerer Fabrikanne hemmen konnten, sofort rückgängig zu machen. Das liegt nicht nur im Interesse des Unternehmers, sondern auch der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Wesentlich werden die Revelaerer Gebetsbildfabrikanten aus dieser Bewegung gelernt haben, daß sie im Interesse ihres Gewerbes besser dabei fahren, sich mit der christlichen Arbeiterorganisation zu verständigen.

**Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse.** Ein sozialer Zug geht seit einigen Jahren durch das deutsche Studententum, ein Streben nach sozialer Betätigung, nach einem engeren Kontakt mit der handarbeitenden Bevölkerung. Die Wogen des öffentlichen Lebens schlagen immer vernehmlicher an die bronzernen Tore der Universitätsstädte, heißt es in einem Artikel über das studentische Arbeiterunterrichtsweesen im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1913. Es scheint, daß eine in die Tiefe gehende und unerbittliche sozialstudentische Bewegung immer weitere Kreise erfährt:

Erstlich ist, daß in dieser Rücksicht zum alten Interesse für Volkstum in den ersten Reihen die Studenten stehen, die Sinn für christlich-nationale Arbeiterbewegung und positives Volkstum haben. Ueberall rührt es sich unter unjeren Univeritätsfreunden auf der katholischen und auf der evangelischen Seite. Wir stehen vor einem Ausblühen der sozialen Ferienarbeit. Wir sehen die jungen Freunde in Singensvereinen und Wohlfahrtsveranstaltungen. Die Residenzarbeiter opfern Wochen ihrer schönen Ferienzeit, um mit uns auf dem Gewerkschaftsbureau und in der Agitation sich umzusehen. Gemeinschaftsarbeiter sind in Gesehhensthäusern und Kunstausstellungen draußen am Rande der Stadt von Studenten eingerichtet worden. Es sind Besichtigungen gemacht, es ist Jugendgerichtshilfe organisiert, es ist Bibliothek-, Kartas- und Wanderveseen gepflegt worden.

Besondere Beachtung und allseitige Unterstützung verdienen die studentischen Arbeiterunterrichtskurse. Angesichts der bevorstehenden Osterferien sei besonders nachdrücklich auf die Heimatlischen Arbeiterkurse hingewiesen, die im Bereich unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung während den Universitätsferien veranstaltet werden. Ueber den Inhalt dieses Unterrichts sagt der vorerwähnte Artikel: Die Wiederholung des in der Elementarschule und in der Fortbildungsschule gebotenen Unterrichtsstoffes, hier und da eine Ergänzung und Erweiterung desselben. Also Rechnen, Lesen, Deutsch, Heimatkunde, Geographie, Fremdwörtererklärung, Staatsbürgerkunde, Naturkunde. Seltenere Stenographie, Buchführung, Literatur, Geschichte. Der Univeritätsstudent, auch wenn er nicht das betreffende Fach studiert, ist imstande, einen Handarbeitenden, der seit dem 14. Lebensjahre keine Gelegenheit mehr gehabt hat, sich auszubilden, auf diesem Gebiete zu helfen, seine Kenntnisse auszuführen, sein Interesse zu wecken, seine Fragen zu beantworten. Das tut der Univeritätsstudent im Arbeiterunterricht. Das, nicht mehr und nicht weniger. — Mögen sich die Arbeiter zahlreich an den Kursen beteiligen. Wo noch keine vorhanden sind, sollten sie ins Leben gerufen werden, wozu das Sekretariat Sozialer Studentenarbeit in M.-Glöblich gerne mit Rat und Tat behilflich ist.

**Wohnungsfrage und christlich-nationale Arbeiter-schaft im Ruhrgebiet.** Zu dem preußischen Wohnungsgesetzentwurf nahm eine in Bochum abgehaltene Konferenz, an der christlich-nationale Arbeiterführer und Vertreter der konfessionellen Arbeitervereine teilnahmen, wie folgt Stellung:

„Die heute in Bochum abgehaltene Versammlung von Vertretern der christlich-nationalen Arbeitererschaft begrüßt freudig und dankbar die auf ein gesetzliches Eingreifen in der Wohnungsreform hinzielenden Bestrebungen der gesetzgebenden Körperschaften in Reich und Staat. Gerade im rheinisch-westfälischen Industriebezirk zeigt sich mehr denn je die Notwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen im Wohnungsweesen. So sehr namentlich der kürzlich von der preußischen Staatsregierung durch Veröffentlichung eines neuen Wohnungsgesetzentwurfes wiederholte gesetzgeberische Versuch zu begrüßen ist, so erscheint dieser Entwurf im Hinblick auf die Verhältnisse unserer Industriebezirke doch nicht ausreichend, um eine wirklich durchgreifende und wirksame Abhilfe zu sichern. Notwendig ist vor allem eine Ausgestaltung des geplanten Gesetzes unter Zugrundelegung der am 22. Mai 1912 im Reichstage beschlossenen Resolution, namentlich aber in der Richtung, daß 1. Mindestvorschriften über die Beschaffenheit und Bemessungen der Wohnungen erlassen werden, und 2. die Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege allgemein eingeführt wird. Daneben erscheint eine reichs-gesetzliche Regelung der übrigen in der erwähnten Reichstagsresolution vom 22. Mai 1912 niedergelegten Wohnungsreformforderungen, insbesondere auch die Schaffung eines Reichswohnungsamtes, unerlässlich



Ganz besonders muß ferner gewünscht werden, daß die Gemeinden des Industriebezirks noch mehr als bisher sich im Sinne einer fortschrittlichen Wohnungspolitik betätigen. Endlich kann der organisierte Arbeiterschafte empfohlen werden, sich in gemeinnütigen Baugenossenschaften zusammenzuschließen oder gegebenenfalls an bestehende Vereinigungen dieser Art Anknüpfung zu suchen, weil es sich um Selbsterrichtung von Arbeitsstätten handelt, durch welche die Arbeiterchaft am besten und unabhängigsten ihr Wohnungsbedürfnis befriedigen kann. Namentlich erscheint auch ein Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Baugenossenschaften, wie es schon in Westfalen vielfach der Fall ist, im Interesse des sozialen Friedens sehr erwünscht."

**Der „Korrespondent für Deutschlands Bauwerker“**, das aufgeblasenste — pardon — bestrebtigste Arbeiterzeitungsblatt der Welt, brachte in seiner Nr. 17 unter der vielversprechenden Überschrift „Scharfmacher und Christliche“ eine Volig, in der die Äußerung eines Unternehmerrichts über die christlichen Gewerkschaften, die in diese nur einen glücklichen Sinn haben konnte, mit Hilfe der dem „Korresp.“ eigenen Kavalität glücklich ins Gegenteil verkehrt wird. Dafür schreibt ihm das „Zentralblatt d. Chr. G.“ folgendes ins Stammbuch:

„Worum handelt es sich? Im Kernpunkt um das oft genug in unserer Presse behandelte und längst genügend geklärte Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und Arbeitgebern. In dem jüngst erschienenen Geschäftsbericht deutscher Arbeitgeberverbände ist u. a. folgendes Say enthalten: „Es ist unerwünscht, daß namentlich die christlichen Gewerkschaften, die durch die Tarifvertragspolitik praktisch an die Wand gedrückt werden, nicht die Kraft finden, energischer, insbesondere unter Zuhilfenahme des politischen Einflusses, den sie haben, dagegen vorzugehen.“ Aus dieser und einer Reihe weiterer Bemerkungen des Unternehmerberichts, die sich mit den von uns häufig bloßgelegten Mängeln im Tarifwesen befassen, kombiniert der „Korrespondent“ eine „auf-fallende Uebereinstimmung“ zwischen „Scharfmachern und Christlichen“, die ihn zu der — lächerlichen Fragestellung „zwingt“: Worin mag wohl die Entschädigung bestehen, die von den Unternehmerorganisationen jenen traurigen Selben zufließt, die in solcher Weise als „Arbeitervertreter“ die schärfsten Wünsche der unverschämlichsten Arbeiterseinde begünstigen? Wir werden dem „Korrespondent“ natürlich nicht die Ehre antun, gegen diese Verleumdung wider besseres Wissen zu protestieren. Wir hängen seine von mitleiderregendem Haß erfüllte Apostrophierung nicht einmal nieder. Rein, wie gesagt, wir lachen darüber, und zwar mit steigendem Behagen, je mehr wir daran denken, daß sie von dem Organ desjenigen Verbandes herrührt, der wie keine andere deutsche Gewerkschaftsorganisation unter dem tatkräftigen Weisstand der Unternehmer großgepöppelt worden ist. Wo blühte die liebliche Spezies der Prozen mehr, als unter jenen, die man mit dem „echtdeutschen“ Wort Farbe nuss bezeichnet?!

Damit möge der „Korrespondent“ wieder für einige Zeit abziehen. Nach unserem Dafürhalten ist der oben mitgeteilte Appell des Unternehmerberichts in genau demselben Sinne ein Ehrenzeugnis für die christlichen Gewerkschaften, wie das kirchliche Wort, daß die „Christlichen“ schlimmer seien als die Sozialdemokraten. Ja, im Grunde entspringt es demselben Gedankengang. Kirchhoff fand, daß die christlichen Gewerkschaften manchen „Scharfmacherisch“ gesinnten Kreisen die Rechnung verbarben. Sie hoben das Organisationsstreben der Arbeiter aus dem über- klammerten Kampf heraus und stellten es mitten in die nüchternste volkswirtschaftliche und allgemein gesellschaftliche Auseinandersetzung hinein. Dadurch wurde jenen Extremen das bequemste Mittel aus der Hand geschlagen, die ganzen Organisationsbestrebungen zu verdächtigen und ihre Tätigkeit dem Abscheu der Öffentlichkeit und — der Ansehlichkeit durch die staatsliche Gewalt preiszugeben. Angesichts unseres Vorgehens zog dieses Mittel nicht mehr und darum waren die „Christlichen“ schlimmer als die Sozialdemokraten. Der jetzige Unternehmerbericht denkt genau dasselbe: nur geht er taktischer zu Werke. Den Kreisen, deren Meinung er wiedergibt, ist insbesondere das Tarifwesen mit seinen selbstverständlichen Konsequenzen für die gleichberechtigteste Behandlung der Arbeiter, das ungehinderte Koalitionsstreben usw. verhasst. Ihr Streben geht insoweit hinaus, diese Einrichtungen zu diskreditieren, und dazu bieten ihnen die überaus zahlreicheren Verstöße auf sozialdemokratischer Seite ein hochwirksameres Material, wie sich ja die Exzesse immer verhalten. Aus diesem letzteren Gesichtswinkel heraus haben wir die sozialdemokratischen Verstöße immer wieder gebrand- markt, weil sie den Wegener von Tarifen usw. die Hand habe zu der von ihnen erstrebten Diskreditierung bieten. Unsere Parole war die auch beim Kampf um die, dem Gutenbergsbund vorenthaltenen Rechte immer wieder geäußerte: „Noch ist unsere Tarifbewegung jung und reformfähig, wo sich Aus- wüchse zeigen.“ Das darin sich äußernde Ziel einer Gesundung, wo es nötig ist, durchkreuzt die Pläne der tarifgegnereischen Unternehmer. Daher ihre Wiederholung, wenn auch, wie oben, in anderer Form, des kirchlichen Wortes. Es spricht daraus die ganze schmerzliche Enttäuschung dieser Kreise, denen unsere Tätigkeit so manchen Postprung erschlägt. Und darum liegt darin ein ehrendes Zeugnis für unsere Bewegung, was auch der „Korrespondent“ ganz bestimmt herausföhrt; sonst würde er seine ohnmächtige Wut besser verhalten."

**„Zu viel Reden, zu wenig Wille.“** Das ist die Note, die dem jetzigen Reichstage von dem Sozialdemokraten Heinrich Peus in den „Sozialistischen Monatsheften“ ausgestellt wird. „Es ist etwas nicht in Ordnung mit der Gestaltung und Handhabung der Dinge im Plenum des Reichstags“ findet „Genosse“ Peus. „Es werden zuletzt Monologe gehalten, über die es zu gar keiner Debatte kommt. Man spricht, um gesprochen zu haben. Das gilt für alle Parteien. Auch für die Sozialdemokraten (für die in erster Linie. Red.)“ „Man spricht zu viel und zu lange, nur um mit einem recht langen Bericht in die Zeitung zu kommen, um das Steuergesamt hernach in immer größerer Anzahl von Exemplaren an alle möglichen Adressen zu senden, die daraus erkennen sollen, was für ein bedeutender Redner der Abgeordnete sei.“ Es würde im Reichstag zu viel geschwätzt und zu wenig getan. Infolge der „unerlösten Redebülf“ komme das Recht der Initiative des Reichstags zu Gefährdungsvorschlagen in ganz unerträglicher Weise zu kurz. Der Reichsregierung wane dieser Zustand der Dinge nur recht sein, weil die Entscheidungsmacht des Reichstags sich erschlackerweise in Kritik und wirkungs- losen Resolutionen fast erschöpft, aber nicht dazu kommt, der Regierung für ihre Betätigung die nötige Direktive zu geben.“ Der Reichstag müsse sich weniger als vor dem Volk reben, vielmehr als für das Volk mit Willensmacht agierender Körper fühlen. Dann aber müsse die Redelust unbedingt eingeschränkt werden. Nach Peus Schätzung können im allgemeinen die Reden auf ein Drittel und noch mehr reduziert werden. Er scheint auch ganz richtig erkannt zu haben, wer in dieser Beziehung am ärgsten sündigt, denn er lieft der Sozialdemokratie folgendes besondere Kapitel:

Die Benutzung der Reichstagstribüne als Tribune, von der aus man agitatorisch zum Volk spricht, hat bei der heutigen Entwicklung der Presse und Literatur ihr Recht verloren. Als vor einem Jahrhundert noch kaum einige zehntausend Blätter im Volk den Sozialismus predigten, da hatte es Sinn, von der Tribune des Reichstags aus auch durch das Medium der bürgerlichen Presse dem Volk zu sagen, was die Sozialdemokratie will. Heute aber, wo sowohl die sozialdemo- kratische Presse wie die gewerkschaftlichen und genossen- schaftlichen Organe nebst der zugehörigen enorm ent- wickelten Literatur in mehreren Millionen von Exem- plaren ins Volk gehen, heute, wo die Sozialdemo- kratie mit ihren 110 Stimmen im Reichstag auch ein ganz anderes Stück Willenskraft repräsentiert, heute ist es unverantwortlich, nun noch mehr als früher zu reden, oft Gesagtes immer zu wiederholen, Monologe zu halten, auf die keine Antwort kommt, Diskussionen zu führen, die gar keine Diskussionen sind, weil man völlig nebeneinander redet und auch gar nicht überzeugt oder widerlegt sein will. Heute ist es höchste Zeit, daß alle Parteien des Reichstags, die nicht die Absicht haben, den Parlamentarismus zu diskreditieren und lahm zu legen, innerhalb der eigenen Partei, wie durch Abkommen mit den anderen Parteien die Redetätigkeit in dem Sinne disciplinieren, daß unbedingt so kurz wie möglich gesprochen wird, um die Materien um so mehr zu aktivieren und möglichst detaillierter Entscheidung zu bringen.

Als die vorjährige Reichstagswahl die roten 110 zeitigte, erging sich die Genossenschaft in gar stolzen Redewendungen. Sie sollten dem neuen Reichstag den Stempel aufdrücken, so und ähnlich verkündete sie mit viel Emphase. Es ist ihnen gelungen. Wie? sagt uns „Genosse Peus in Drigem.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperri sind: Mülheim-Ruhr (Sperrung über die Firma Kurth und Hoffmann wegen Nichtannahme des Tarifs) Gelsenkirchen (Hilfenleger) (Sperrung über die Firma Hünnebed & Co). Witburg, Eifel (Sperrung über die Firmen Garjon jr. und sen. wegen Maßregelung). Söbendörfer (Sperrung über den Bauunternehmer Puhmann wegen Nichtannahme des Tarifvertrages). Düsseldorf-Oberhausen (Streit der Isolierer bei den Firmen Dörjan und Schulte und bei der deutschen Alsbettgesellschaft). Düsseldorf (Mehrer die Firma Häuser ist für Zimmerer die Sperrung verhängt). Bezug ist fernzuhalten.

### Verbandsnachrichten.

**Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 9. März, der zweite Wochenbeitrag fällig ist.**

**Utenessen.** Unsere Generalversammlung am 15. Februar war von 85 Kollegen besucht. Nachdem Kollege Kirchner den Stand der Verwaltungsstelle und unsere künftigen Aufgaben den Kollegen vor Augen geführt hatte, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender H. Eitel, als 2. Vorsitzender J. Schumacher, als 1. Kassierer J. Topp, als 2. Kassierer H. Rademacher, als 1. Schriftführer H. Duhn, als 2. Schriftführer J. Blafius, als Revisoren die Kollegen B. Koch und A. Möller, als Hauskassierer die Kollegen A. Bloch, H. Duhn und H. Diebel. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, recht eifrig im Interesse unserer Sache tätig zu sein. Sodann nahm man zur Handelslegiertenfrage Stellung. Eine Anzahl Kollegen von den einzelnen Baustellen wurden als Handelslegierte gewählt. Durch Beschluß der Versammlung wurde der Witwe des verstorbenen Kollegen Heil von Kuppach (Rheinfels) 8. % für einen Kranz bewilligt. Auch an der Baustelle wurde für die Witwe des Verstorbenen ein Betrag von 15. % von unseren Kollegen gesammelt. (Dieser schöne Beweis wahrer Kollegialität verdient alles Lob. Red.) Im Punkt Beschiedenes wurde darauf aufmerksam gemacht, daß jeden Freitagabend von

8 1/2 Uhr ab im Verbandslokal bei Böhmer unser Kassierer zu sprechen ist. Anmeldungen und Neuaufnahmen können dort erfolgen. Nach einem interessanten Schlußwort wurde die Versammlung mit dem Wunsch, einen guten Abschluß des Vertrages zu erhalten, geschlossen.

**Berge (Kreis Mieschede).** Am Donnerstag, den 16. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Kas- senbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Beschiedenes. Der Kas- senbericht erstattete der Kollege Berghoff. Als der- selbe durch zwei Redatoren geprüft und in Ordnung befunden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Als Vor- sitzender wurde Kollege Fr. Feldmann, als Kassierer Fr. Berghoff, als Schriftführer Fr. Wause, als Revisoren Jos. Blume und Jos. Schulte gewählt. Am Schlusse sprach Kollege Feldmann. Er ermahnte die Kollegen zu leb- hafterer Agitation und hoffte, daß der alte, gute Geist in unserer Zahlstelle bleiben möchte. Ein lebhaftes Bravo floßte die gute Rede des Kollegen Feldmann. Mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaft wurde die Versammlung geschlossen.

**Offen.** (Jahresbericht der Verwaltungsstelle.) Die Baubaukonjunktur war im Berichtsjahre in keiner Weise befriedigend. Im Stadtgebiet Offen ging die Bautätigkeit fast u. die Hälfte dem Jahre 1911 gegenüber zurück. Wenn nicht verschiedene größere in- dustrielle Bauten, Geschäftshäuser und öffentliche Gebäude errichtet worden wären, wäre ohne Zweifel in unserem Gewerbe eine brüdenbe Arbeitslosigkeit entstanden. Denn die Herstellung von Privatbauten (Wohnhäuser) hat inner- halb der letzten drei Jahre gewaltig nachgelassen. Bes- onders war die Errichtung von Wohnhäusern in den Jahren 1910 und 1911 insbesondere für Offen-Stadt dem Wohnungsbedürfnis erheblich vorangeht. Der Rückgang der Bautätigkeit erklärt sich im Berichtsjahre nicht nur aus einem natürlichen Rückschlag gegen eine gewisse Ueberspannung, sondern es kommt noch eine Reihe anderer Momente hinzu, die die Unternehmungslust auf dem Bau- markt lähmten. Die Beschaffung von Baugeschlechtern spielte eine Hauptrolle mit. Ein klares Bild wird uns gegeben durch die in den letzten drei Jahren erteilten Bau- erlaubnisse. Diese betragen 1910, 1746 in 1911 und 1219 in 1912. Die Dauererlaubnisse verteilten sich:

	1910	1911	1912
a) Wohngebäude	1151	816	824
b) Neubauten, Nichtwohnhäuser	275	261	221
c) Wohnhäuser, Umbauten	222	262	201
d) Andere Umbauten	205	233	221
e) Einfriedigungen	116	174	213
<b>Summa</b>	<b>1869</b>	<b>1746</b>	<b>1210</b>

Auch in den Länderten außer Offenen und Berg- war die Konjunktur nicht zufriedenstellend. Das Organisationsstreben wurde dadurch gehemmt, und ein Teil unserer Wünsche konnte nicht in Erfüllung gehen. Die Arbeitsverhältnisse im Betonbau waren für organisierte Kollegen als schlecht zu bezeichnen. Die Entwicklung dieses Gewerbes hat wiederum weitere Fortschritte ge- macht. Eine Schlichtungskommissionierung vom 29. Juni beschloß, daß auch das Baugeschewerbe unter den allgemeinen Vertrag für das Baugeschewerbe fällt. Die tariflichen Bestimmungen des allgemeinen Vertrages kommen daher jetzt auch für den Betonbau in Betracht. Größere Bewegungen brauchten innerhalb unserer Ver- waltungsstelle nicht geführt zu werden. Wohl mußten hier und da einige Arbeitgeber auf die Einhaltung des abgeschlossenen Vertrages aufmerksam gemacht werden. Bei der Firma Diehl u. Demark wurden Sperren ver- häng. Es handelte sich im ersten Falle um das Anheben der Verdiensteimplattchen im Neubau Dardach- hof. Die Firma vertrat die Meinung, das Anheben der Plättchen sei Maurerarbeit. Das Einigungsamt hat die srittige Frage bahingehend entschieden, daß die Arbeiter unter dem Hülfsarbeiterlohn fallen. Die Firma Puhmann u. Leves gab Arbeitsordnungen heraus, die sich mit dem abgeschlossenen Vertrag in Widerspruch setzten. Auf das Vorstellwerden der Organisationsleitung traten diese Be- stimmungen nicht in Kraft. Zwei weiterer Mitglieder wurden bei erüganannter Firma auf Grund dieses Ver- trages gemündigt, in einem Falle wurde die Mündig- ung wieder zurückgezogen. In den Zementbetrieben der Firma Krupp erhielten die Kollegen am Schlusse des Jahres eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. pro Stunde. Für die Kollegen im Baufach kam eine Erhöhung der Afford- läge in Frage. Die Kollegen auf der Reparaturwerkstatt Jede „Säger“ erzielten vom 1. April ab eine Erhöhung des Stundenlohnes von 57 auf 59 Pf.

Der Stand der Organisation im allgemeinen hätte besser sein müssen. Unsere durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 2220 (1911: 2311). Die Mitgliederanzahl betrug 1901. 177 traten vom sozialdemokratischen Ver- band zu uns über. Auch wurde im Laufe des Jahres eine große Anzahl jugendlicher Kollegen unserem Verbände zugeführt.

Unser Kasfen- und Unterstützungsweifen zeigt ein befriedigendes Bild. Die gesamten Einnahmen betragen einschließlich des Kasfenbestandes vom verigen Jahre 83.880,97. %, die gesamten Aus- gaben 61.685,09. %. Es bleibt somit Bestand für das nächste Jahr von 21.194,88. %. In Unter- stützungen seitens der Zentralasse wurden bezahlt: a) Rechtschutz 40,10. %, b) Krankenunterstützung 2053,17. %, c) Sterbeunterstützung 516. %, d) Streit- und Ge- maßregelungenunterstützung 100,09. %, e) Militärunter- stützung 65. %, in Summa 3374,29. %. Die Erteilung des Rechtschutzes war auch im Berichtsjahre sehr umfangreich. In 221 Fällen mußte die Vertretung für die Kollegen übernommen werden. 170 Schriftstücke wurden ange- fertigt und 95 Gewerbegerichtsklagen. Durch Vorfestig- werden und telephonische Klüchpraxe wurden 25 Fälle erledigt. In 12 Fällen waren die Arbeitgeber unpfänd- bar, wobei eine Summe von 415,10. % in Frage kam. 6 Klagen blieben erfolglos und 6 sind noch nicht en- gültig erledigt. Es wurde der Betrag von 3296,16. %



Für die Kollegen erzielt. Eine große Anzahl von Klagen entstand aus dem Affordverhältnis. Im Jahre 1911 wurden durch Klagen am Gewerbegericht 5782,48 M für die Kollegen herausgeholt. Es hat sich somit gegen das Vorjahr eine Besserung feststellen lassen. Im Jahre 1911 mußten 336 Schriftpunkte angefertigt werden. Den Kollegen konnte zu einem großen Teil Arbeit nachgewiesen werden. Der Frage des Bauarbeiterschutzes dürfte mancher Unternehmer mehr Rechnung tragen. Klagen auch im laufenden Jahre unsere Kollegen alle vorkommenden Mißstände (Unglücksfälle) bei der Organisationsleitung früh genug melden, damit Abhilfe geschaffen werden kann. Versammlungen fanden im Berichtsjahre 468 statt. Der schriftliche und mündliche Verkehr war innerhalb der Verwaltungsstelle ein reger. Soßen wir, daß das laufende Jahr in der Konjunktur sich besser gestaltet und dementsprechend auch das Organisationsleben. Zum Schluß sei an dieser Stelle allen Kollegen, die im vergangenen Jahre an dem Ausbau unseres Verbandes innerhalb der Verwaltungsstelle mitgearbeitet haben, herzlich Dank ausgesprochen. — Am 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, fand die Ausschussitzung der Verwaltungsstelle für das letzte Quartal statt. Außer Vorstandes- und Kassenbericht wurde die Wahl des Vorstandes erledigt. Aus derselben gingen hervor: Erster Vorsitzender Bernhard Kirchner, zweiter Vorsitzender Walbert Wistler, erster Kassierer Josef Bach, zweiter Kassierer Josef Dieblich, erster Schriftführer Josef Kolke, zweiter Schriftführer Josef Gudek. Als Revisoren wurden die Kollegen Johann Kleinjunge, Peter Schell und Franz Schmitz gewählt. Die Erledigung des geschäftlichen Teils und ein ferniges Schlusswort des Vorsitzenden bildete den Schluß unserer Tagung.

**Gesamtkassen.** (Jahresbericht.) Am Sonntag, den 2. Februar, fand unsere Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle statt. Kollege Großhen eröffnete dieselbe um 1 Uhr und stellte fest, daß sämtliche Zahlstellen vertretbar waren. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung erbat Kollege Sed Bericht über die Abrechnung des 4. Quartals und daran anschließend den Jahresbericht der Verwaltungsstelle. Aus letzterem, welcher den Delegierten im Druck vorlag, entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt des Jahres 1912 635. Neuangeworben wurden 374. Es wurden an Marken verkauft 25 710 Beitragsmarken, 202 Lokalfondsmarken, 477 Agitationsmarken, 374 Eintrittsmarken. Für die verkauften Beitragsmarken wurde die Summe von 19 448,40 M vereinbart. Von den Beitragsmarken entfallen auf ein Mitglied 40 Stück, und der Durchschnitt der geleisteten Wochenbeiträge beträgt für das vergangene Jahr 30,63 M. Berechnet man diese Summe auf 40 Wochen, so entspricht dies einem durchschnittlichen Beitrag von 77 Pf. Die Einnahme der Verwaltungsstelle beträgt 20 889,79 M. Am Schlusse des vorigen Jahres war der Kassenbestand 3989,16 M. Das ergibt eine Gesamteinnahme von 24 878,95 M. Die Ausgaben betragen insgesamt 20 099,29 M. Es bleibt somit ein Kassenbestand von 4779,63 M. In die Zentralkasse sind gesandt im Jahr 13 862,40 M. In Unterabteilungen sind in der Ausgabe enthalten: Krankenunterstützung 623,25 M, Sterbunterstützung 200 M, Streifenunterstützung 66,89 M, Militärunterstützung 45 M, Jubiläum 865,14 M. Die lokalen Ausgaben betragen 1022,25 M. Im Verlaufe des Berichtsjahres hatten wir eine Lohnbewegung, und zwar für Bauhilfsarbeiter bei der Firma Wolf-München am Schienenbau in Wanne. Die Bewegung führte zum Streit, welcher leider durch die gleiche Handlungsweise einiger am Streit beteiligten Gruppen und einer Anzahl Berliner Streikbrecher zu keinem Ergebnis führte. Bei dieser Bewegung konnte man so nicht feststellen, wie die „radikalen“ Elemente im Deutschen Bauarbeiterverband bei Lohnbewegungen verhalten, Autorität und Loyalität außer acht lassen, und so den Interessen der gesamten Bauarbeiterschaft schweren Schaden zufügen. Ueber die Firma Humbert & Co. möchte erwidern die Sperre verhängt werden. Genannte Firma bringt es durch ihren Helfershelfer, den Zwischenhändler Jakob Weber, immer noch fertig, die tariflichen Bestimmungen zu missachten. Es wird notwendig sein, daß die Firma bei der diesjährigen Tarifbewegung einmal mit der Spitze zu nehmen, auch wird es notwendig sein, daß alle Hüttenlager dazu beitragen, daß endlich diese Firma zur Anerkennung des Vertrages gezwungen wird. — Die Korrespondenz war folgende: Es gingen ein: 36 Briefe, 25 Postkarten, 923 Druckhaken, 105 Geschäftsbriefe. Es gingen ein: 23 Briefe, 185 Postkarten, 356 Druckhaken, 76 Geschäftsbriefe und 68 Pakete. Besondere wurden 21 Versammlungen abgehalten, und zwar 199 Mitglieder- und 5 öffentliche Versammlungen, 20 Vorstandes- und 122 Vertrauensmannversammlungen. Der Verein hat die Verwaltungskassenstelle zu übernehmen und die geschäftlichen Arbeiten zu erledigen, die sich viel Zeit in Anspruch nehmen. Derselbe bezieht 25 Mitgliederbeiträge, 3 Vorstandes- und Vertrauensmannbeiträge, 41 Beitragsmarken, 6 Einnahmen des Vereins des Bezirks, 1 Einnahme des Einzelgewerkschaften, 5 Einnahmen der Schlichtungskommission, 4 Einnahmen, die der Bezirksleitung in Wanne und dem Kreislichen Gewerkschaftsverband in Essen. Rechtschutz wurde in 81 Fällen erteilt. Es wurden 112 Schriftpunkte angefertigt und 28 mündliche Klagen erledigt. Der Beitrag von 52,29 M wurde dadurch erzielt. Allen Kollegen, die mitgeholfen, sei von dieser Stelle unser Dank ausgesprochen. Kollege Sed wies deshalb auf den Kopf des neuen Jahres hin und forderte die Kollegen auf, im neuen Jahre mit allen Kräften an die agitatorische Arbeit der Gewerkschaft neuer Mitglieder für unsere Sache. — Wer auch die gewerkschaftliche Bewegung darf einen Überblick über den Jahresbericht anlegen verpassen, den Aufzeichnungen, die an sie gestellt werden, Teilnahme zu tragen. Des Weiteren wurde beschlossen, die Arbeitsmarken um 5 Pf zu erhöhen. Wir hoffen, daß das neue Jahr aus weiteren Erfolgen bringt.

**Einseldorf.** Am 14. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Den Kassenbericht gab Kollege Friedrich Kraus. Es wurden verkauft an Marken zu 65 Pf. 519 Stück gleich 337,35 M, 105 Stück zu 50 Pf. gleich 52,50 M, 61 Stück zu 25 Pf. gleich 15,25 M und 12 Schlußmarken zu 1 M. Die Ausgabe betrug 19,50 M für Hauskassierung und Porto. Es wurde einstimmig beschlossen, daß auch in diesem Jahre, wie im vorigen, jede Kollege der hiesigen Zahlstelle bzw. des Ortes wieder fünf Stück Lokalfondsmarken zu 10 Pf. zu haben hat. Es wurden auch die Kollegen ermahnt, die noch rückständigen Lokalfondsmarken vom vorigen Jahre jetzt zu haben. Es wurden in den Vorstand gewählt: Zum 1. Vorsitzenden Aloisius Gehardt, zum 2. Vorsitzenden August Stey, zum Kassierer Anton Kraus, zum Revisoren Friedrich Kraus und Heinrich Kissel, zum Schriftführer Ferdinand Kissel. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Es wurde noch besprochen, daß endlich auch in diesem Jahre eine Zahlstelle gegründet werden müsse, weil es dem hiesigen Kassierer sehr unpassend ist, die Kollegen von auswärts am Bahnhof in Marburg jeden Samstag zu bedienen. Deshalb, Kollegen von Anseher, nehmt auch einmal der Sache an. Kollegen, besucht aber auch besser die Versammlungen der Verwaltungsstelle Marburg, räumt endlich einmal auf mit der Interesslosigkeit.

**Hücheln-Buschbeck.** Unsere Zahlstelle hielt am Sonntag, den 9. Februar, ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war. Alle Punkte der Tagesordnung wurden glatt und flott erledigt. Zum Punkt: Vorstandswahl wurden gewählt: Als 1. Vorsitzender Kollege Jakob Baumgarten (wiedergewählt), als 2. Vorsitzender Kollege Gerhard Uzenwath (neugewählt), als Kassierer Kollege Johann Meyer (wiedergewählt), als Schriftführer Kollege Wilhelm Blegg (wiedergewählt). Zu Revisoren wurden gewählt die Kollegen Wilhelm Michaels und Peter Sonntag, zu Delegierten die Kollegen Johann Buir und Joh. Schauf. Aus Hauskassierer meldete sich wieder Kollege Johann Schumacher. Alle nahmen die Wahl an.

**Sinz (Rhein).** Unsere Generalversammlung fand am Sonntag, den 9. Februar, bei Gastwirt J. Ventchen statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Verschiedenes. Kollege Schmitz gab den Kassenbericht, welcher in allen Teilen stimmte, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. In den Vorstand wurden gewählt: bzw. wiedergewählt: Kollege Mertens als 1. Vorsitzender, Kollege Seffern als 2. Vorsitzender, als Kassierer Kollege Schmitz, als 1. Schriftführer Kollege Heinrich, als 2. Schriftführer Kollege Schneider. Zu Revisoren wurden die Kollegen Weber und Waldbrohl gewählt. Der Hauskassierer Kollege Zimmermann wurde wegen seiner außerordentlichen Verdienste für den Verband wiedergewählt. Bei Punkt Verschiedenes ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, daß sie auch in diesem Jahre ihrer Pflicht treu nachkommen möchten, auch sich lebhaft an der Mitarbeit in der Agitation beteiligten. Sodann wurde die Versammlung geschlossen.

**München.** (Verwaltungsstelle.) Der Verwaltungsvorstand berief die Zahlstellenvorstände zu einer Konferenz zusammen, welche am 26. Januar im Verbandslokale tagte. Beschied war dieser von 13 Delegierten. Den Geschäftsbericht gab unser Bezirksleiter, Kollege Bräuner. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Das Jahr 1912 hat wirtschaftlich nicht das erfüllt, was wir von ihm erhofft. Mancherorts machte sich eine große Unlust am Bauern bemerkbar. Eine gute Konjunktur ist für das Aufblühen unserer Organisation ein gewichtiger, nicht zu unterschätzender Faktor. Trotz alledem herrscht ein guter Geist in den Zahlstellen, was auch in einzelnen Berichten der Delegierten zum Ausdruck kam. Beschieden wurde, alljährlich eine Konferenz abzuhalten. — Anschließend an die Konferenz fand nachmittags unsere Generalversammlung statt, welche mittelmäßig besucht war und an welcher sich wieder fast alle Delegierten beteiligten. Hier gab der Vorsitzende, Kollege Summerer den Geschäftsbericht. Aus demselben sei wesentlich betont, daß das Ueberangebot von arbeitslosen Kollegen von einzelnen Unternehmern dazu benutzt wurde, die tariflichen Vereinbarungen zu durchbrechen. Die Organisationen waren bestrebt, diesen Uebelständen abzuwehren. Es fanden zu diesem Zwecke 10 Sitzungen der Schlichtungskommission und des Einigungsamtes im Baugewerbe statt. Von diesen mußten sich, weil es die „Genossen“ wollten, auch einige damit befassen, ob wir einen Vertreter zum Einigungsamt stellen dürfen oder nicht. Jedoch wurde uns diese Gleichberechtigung bei der Festsetzung des Einigungsamtes analog der übrigen Schlichtungsinstanzen erst vom Zentralratsgericht zugesprochen. Aus dem Kassenbericht, den Kollege Pangerl gab, sei erwähnt, daß die Gesamteinnahmen 8991,75 M betragen, darunter aus dem Marktwertlauf 7815,35 M. Die Gesamtausgaben betragen 7338,24 M. Davon in bar an die Zentralkasse gesandt 4908,75 M, sowie an Unterabteilung für Mitglieder gezahlt 839,75 M. Der Kassenbestand betrug somit am Schlusse des Jahres 1912 1453,51 M, gegenüber 1080,04 M im Vorjahre. Der Mitgliederstand betrug im Jahresdurchschnitt 321. Auf ein Mitglied entfallen durchschnittlich 36 Wochenbeiträge. Der durchschnittliche Wochenbeitrag ist pro Mitglied 63 Pf., und der durchschnittliche Jahresbeitrag 22,48 M. Bei der darauf folgenden Wahl wurden wiedergewählt: als erster Vorsitzender Kollege H. Summerer, als Zahl- und Verwaltungskassierer Kollege Pangerl, als zweiter Kassierer Joh. Giesberger, als Revisor Anton Summerer. Neu gewählt wurden die Kollegen Anton Pangerl bzw. als erster Schriftführer, Ulrich Hühlich als zweiter und Kollege Joh. Schallweg als Revisor. Anschließend an die voranstehende Konferenz legte Kollege A. Gah- wagen auch die Aufgaben der Vertrauensleute dar, was sehr sorgfältig erörtert wurde. Man gibt es, das Gehörte in die Tat umzusetzen. Sei ein jeder ein Pionier für unsere Bewegung, dann können wir frohen Mutes in die Zukunft blicken. Also auf zu neuer Arbeit!

**Magdeburg.** Am 16. Februar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Der erste Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 4 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal, 2. Jahresbericht, 3. Neuwahl, 4. Verschiedenes. Kassierer Baumgart erbat den Kassenbericht vom 4. Quartal. Es wird ihm die Entlastung erteilt. Im zweiten Punkt sprach unser Vorsitzende, Pappert, über die Entwicklung unserer Zahlstelle im Jahre 1912. Da keiner der Kollegen gegen das Gesagte etwas einzuwenden hatte, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Gewählt wurde als erster Vorsitzender Wilhelm Pappert, als zweiter Valentin Goll, als Kassierer Wilhelm Stambach, als Schriftführer Josef Kuth, als Revisoren die Kollegen Carl Müller II und Albert Schaub. Mit der Aufforderung an die Mitglieder, im neuen Jahre eine kräftige Agitation zu entfalten, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

**Münster.** (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 9. Februar, fand im Saale des Wirt Thomas, Kleenstier, die Jahresversammlung der Verwaltungsstelle statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal; 2. Jahresbericht; 3. Vortrag über die stattgefundenen Verhandlungen und die jetzige Lage im Baugewerbe. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende, Kollege F. Schürmann, den in den Verwaltungskassen neu gewählten Vorstand bekannt und ersuchte die Kollegen, dem neuen Vorstand daselbst Vertrauen entgegenzubringen wie dem alten, dann wird derselbe fleißig und gerecht die ihm übertragenen Arbeiten ausführen. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kassierer Kollegen Knoke das Wort zum Kassenbericht. Die Einnahme im 4. Quartal betrug für die Zentrale 3228,27 M. Die Ausgabe für Kranken-, Sterbe- und Militärunterstützung betrug 323,90 M. Die Einnahme der Verwaltungsstelle mit dem Kassenbestand vom 3. Quartal betrug 3045,72 M. Die Ausgabe der Verwaltungsstelle und Zahlstellen betrug 1107,88 M. Es bleibt somit ein Kassenbestand für das nächste Quartal von 1937,84 M. Anschließend daran gab der Kassierer einen Bericht über die Kassenverhältnisse des ganzen Jahres. Es sind im Jahre 1912 20 716 Stück Beitragsmarken verkauft worden, was die Summe von 14 321,90 M ausmacht. Für Eintritts-, Agitations-, Lokalfonds- und Kontrollmarken sind vereinbart worden 2403,90 M, somit ergibt sich eine Gesamteinnahme von 16 725,80 M. Die Ausgaben für Krankenunterstützung betragen 1149,30 M, Sterbunterstützung 240 M, bei Lohnbewegungen 3,20 M, für Rechtschutz 2 M und Militärunterstützung 20 M. Die Ausgaben für die Verwaltungsstelle und Zahlstellen betragen 3970,27 M. Die Mitgliederzahl hat gegen das Vorjahr um 113 zugenommen, sie beträgt jetzt 661. Aufgenommen wurden im verfloffenen Jahre 262, übertreten von anderen Organisationen sind 7. Hierauf stellte der Vorsitzende den Kassenbericht zur Diskussion. Die Revisoren erklärten alles geprüft und in Ordnung gefunden zu haben und beantragten, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was geschah. Dem Jahresbericht entnehmen wir: Die Konjunktur war in der Verwaltungsstellenbezirk im verfloffenen Jahre in der ersten Hälfte eine mittelmäßige, in der zweiten Hälfte wurde sie eine gute. Nur bei den Zimmerern und Stukkateuren war sie schlechter als in der ersten Jahreshälfte. Die lebhafteste Baulätigkeit war darauf zurückzuführen, daß die Universitäts-, Militär-, Hofs- und Bahnhöfe mehrere Bauten ausführen ließen, welches seit zehn Jahren in dem Maße nicht mehr der Fall war. Daß das Zimmerer- und Stukkateurgewerbe nicht so gut geht, ist darauf zurückzuführen, daß die größeren Bauten zum Teil in Beton ausgeführt werden. Das Verbandsleben hat sich im verfloffenen Jahre lebhafter gestaltet, was auch aus der Zunahme der Mitglieder zu ersehen ist. Es konnten noch mehr Mitglieder dem Verbandszugeführt werden, wenn das Bau- und Platzbelegiertenwesen besser durchgeführt würde. Viele Kollegen glauben ihrer Pflicht als Verbandsmitglied genügend zu haben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen. Sie kümmern sich nicht um ihre anderen Arbeitskollegen. Hierin muß eine Besserung eintreten. Vor den Unternehmern und Polieren brauchen sie keine Furcht zu haben, denn in den letzten Jahren haben uns diese keine nennenswerten Schwierigkeiten mehr bereitet, weil sie mit den Jahren eingesehen haben, daß mit einer organisierten Arbeiterschaft besser zu arbeiten ist als mit einer unorganisierten. — Möge sich jeder Kollege in diesem Jahre mit an der Agitation beteiligen, und wenn er als Bau- oder Platzbelegierter gewählt wird, seinen Posten ausfüllen. Dann werden wir die noch vorhandenen Unorganisierten in den Verband bekommen. Der Verkehr auf dem Verwaltungskassenbureau gestaltet sich von Jahr zu Jahr lebhafter. Es ist 317 Kollegen im Berichtsjahr Arbeit nachgehoben worden. 104 Kollegen ist Auskunft in Rechtschuldsachen erteilt, und 63 Schriftpunkte mußten angefertigt werden. Der erzielte Geldgewinn durch den Rechtschutz betrug 833,64 M. Der Schreib- und Postverkehr war folgender: Eingegangen sind 164 Briefe, 277 Karten, 114 Druckhaken, 175 Pakete, 1 Depesche und 2 Postanweisungen. Ausgegangen sind 298 Briefe, 360 Karten, 1339 Druckhaken, 3 Pakete, 2 Telegramme und 31 Geldsendungen. Die Versammlungen haben bei den Zahlstellen regelmäßig alle 14 Tage stattgefunden, nur die Stukkateuren tagen monatlich. Die Verwaltungsstelle hat ebenfalls ihre Sitzungen und Generalversammlungen regelmäßig abgehalten. Eine Zahlstelle hat sich neu gebildet, die der Hüttenleger. Derselbe zählt jetzt 22 Mitglieder. Schlichtungskommissionssitzungen fanden sechs statt. Elf Streitfälle aus dem Tarifvertrage wurden durch den Lokalfondsamt ohne Sitzung erledigt. Eine Lohnbewegung hat stattgefunden, die der Dachdecker. Derselbe hat mit einem vollen Erfolg geendigt. Es ist eine Lohnerhöhung von 8 bis 10 Pf. pro Stunde erzielt worden. Die Einhaltung und Beachtung der Unfall- und Baupolizei-Vorschriften hat in 23 Fällen dem Lokalfondsamt Beauftragung gegeben, Anzeige bei den zustehenden Behörden zu erheben. Sollten noch auf den Baustellen Unregelmäßigkeiten in betreff Bauarbeitersehns bestehen, so



müssen die Kollegen von jetzt an es sich zur Pflicht machen, dieses sofort auf dem Bureau, Sonnenstraße 69, zu melden. Bis jetzt hat es an der Berichterstattung gemangelt. Der Lokalführer mußte auf seinen Kontrollfahrten die Unregelmäßigkeiten selbst feststellen. Das Jahr 1912 hat der Verwaltungsstelle viele Arbeiten gemacht, doch sie sind freudig erduldet worden, und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Kollegen, arbeitet mit neuem Eifer in diesem Jahre für die Interessen des Verbandes, so wird der Erfolg auch künftig nicht ausbleiben. Zum Schlusse richtete der Vorsitzende noch einige ermunternde Worte an die Versammelten und ersuchte sie, das Vorgetragene in die Tat umzusetzen. Außerdem machte er bekannt, daß in Zukunft der Punkt Verschiedenes auf die Tagesordnung nicht mehr gesetzt würde, weil frühere Versammlungen dadurch unnötig lange ausgebeht wurden und dadurch das Interesse für die Versammlungen erlahmte. Wenn ein Kollege in der Versammlung etwas Wichtiges vorzubringen hat, so soll er vor Beginn der Versammlung dem Vorstande Mitteilung davon machen und der soll dann versuchen, die Angelegenheit zu regeln. Dadurch wird viel Zeit und manche unliebsame Aufregung erspart. Die Versammlung hat diesem Vorschlage freudig zugestimmt.

**Wiesbaden, den 16. Februar.** Die Fachabteilungen „Eich Berlin“ haben entschieden Besch. Vor einigen Jahren waren die hiesigen Maurer alle in der Fachabteilung. Wir mußten jedoch einsehen, daß die Fachabteilungen unsere Arbeiterinteressen nicht zu vertreten vermochten, deshalb schlossen wir uns dem christlichen Bauarbeiterverband an. Im vorigen Jahre konnten wir bereits dazu übergehen und eine Zahlstelle gründen. Nur noch ein paar Mann sind in der Fachabteilung. Das hat nun die „Berliner“ wild gemacht. Als im vorigen Jahre Wittingen die Zahlstelle gegründet wurde, war der Berliner Sekretär Behrend gleichfalls anwesend, er konnte jedoch die Ausführungen des Kollegen Ehrhardt nicht entlasten. Nachdem haben noch einige Versammlungen stattgefunden, und wir waren bereits der Ueberzeugung, die „Berliner“ würden sich mit den Tatsachen abfinden. Doch wie erlebten eine Enttäuschung. In der Monatsversammlung im Januar hielt Behrend von Oppeln einen Vortrag über die päpstliche Enzyklika. Trotzdem der Papst und die deutschen Bischöfe zum Frieden gemacht haben und trotzdem die christlichen Gewerkschaften als erlaubt von dem Oberhaupt der katholischen Kirche bezeichnet worden sind, wagte es Behrend, das Gegenteil zu behaupten. Einige Fanatiker im Arbeiterverein veranlaßten sogar, unsere Kollegen, die auch dem Arbeiterverein angehören, sollten zu „Eich Berlin“ überwechseln, oder sie würden aus dem Arbeiterverein ausgeschlossen. Das gelang ihnen jedoch nicht. Nun beschließen sich die Fachabteilungen den „großen“ Bull für eine Versammlung am 3. Februar. Wie die Versammlung verlaufen ist, geht auch daraus hervor, daß einige Fachabteiler mit hochgehobenen Stühlen auf uns hergingen. Der hochwürdige Herr Pfarrer verließ die Versammlung. Bull schimpfte auf die christlichen Gewerkschaften, diese hätten mit Ehrhardt und Golla an der Spitze in Obersachsen nichts geleistet, überall Streikbrecher geliefert, die Fachabteilungen seien die einzige christliche Organisation usw. Freilich hat Bull nichts ausgesprochen. Der Bull, diesen ehemaligen Schuster, kennt er weiß, daß er den christlichen Gewerkschaften durch sein freches Auftreten nur genützt hat. Bull ist allerdings von seinen „Fähigkeiten“ überzeugt. Dieser frühere Schuster wagte es, den Jesuitenpater Biederfal in einer Versammlung in Hymnal abzuzanzeln; er ist acht Jahre in die Schule gegangen und nun zum „Auslegen“ der katholischen Moral besonders geeignet. „Die christlichen Gewerkschaften haben in Obersachsen nichts geleistet im Baugewerbe“, darauf brauchen wir nicht zu antworten; hier die Wahrheit so mißhandelt, der verdient unser Mitleid. Herr vergiß ihnen, sie wissen nicht, was sie als Fanatismus tun. Der Fanatiker gleicht einem Stier, er mit einem großen Brett vor dem Kopf umher müht und bestrebt ist, alles umzurennen. Am Sonntag, den 1. Februar, hatten wir nun eine Versammlung anberaumt, welche der Kollege Golla referierte. Der Herr Pfarrer erschien und nahm vor der Versammlung das Wort. Er bedauerte den Verlauf der Versammlung und meinte, er habe es verstehen können, daß sich die christlichen Gewerkschaftler gegen die Angriffe gewehrt hätten. Er hat, den Frieden zu bewahren, er würde das auch im Arbeiterverein in der nächsten Versammlung sagen. Kollege Golla erklärte darauf, daß die Kollegen sich von dem Bull nicht angegeschlossen hätten, wir hätten an einem Kampf gegen die „Berliner“ kein Interesse. Er hielt einen Vortrag über die kommende Lohnbewegung im Baugewerbe. Aus den letzten Vorgängen werden die Kollegen von Wiesbaden den Schluß ziehen, nun erst recht ist ganzer Kraft für die christlichen Gewerkschaften zu arbeiten.

**Wormsthal.** Unsere diesjährige Generalversammlung fand am Sonntag, den 9. Februar, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Den Jahresstassenbericht erstattete der Kassierer, Kollege Merkel. Es sind verkauft worden:

Eintrittsmarken 2 Stück, Beitragsmarken 1196 zu 80 Pf., 258 zu 70 Pf., 90 zu 60 Pf., 109 zu 45 Pf., Arbeitslosenmarken 71, Jugendlichen-Beiträge 98 zu 10 Pf., Schlussmarken 56, Futterale 46 und 4 Jahrbücher. Die Gesamteinnahme für die Verwaltungsstelle beträgt 1324,90 Mark, davon ab 7 1/2 Prozent für die Zahlstelle (93,12 M.), bleiben an die Verwaltungsstelle zu senden 1231,78 M. Der Lokalfassenbestand vom Jahre 1911 betrug 47,81 M., hinzu kommen 7 1/2 Prozent vom Jahre 1912, sind 93,12 Mark, 40 Lokalfondsmarken zu 10 Pf. sind 4 M., gibt insgesamt 144,93 M. Die Ausgabe beträgt für Hauskassierung und Austragen der „Baugewerkschaft“ 95,23 Mark, für Porto und Schreibmaterial 3,60 M., sonstige Ausgabe 4,75 M., Gesamtsumme der Ausgabe 103,58 M., bleibt Bestand für das Jahr 1913 41,35 M. Die Durchschnittszahl der Mitglieder betrug im Sommer 50—55, im Winter 125—130. Auf Antrag der Revisoren, welche die Kassenbeläge für richtig befunden hatten, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. In der Vorstandswahl wurden neu bzw. wiedergewählt: als erster Vorsitzender Kollege Ott, als zweiter Jos. Föckel, als erster Kassierer Merkel, als zweiter Schmitt, als erster Schriftführer Weinweber, als zweiter Karl Bös, als Revisoren Joseph Bellingner und Anton Klüber, als Verwaltungsstellenbelegierter wurde Johann Weißbecker gewählt. Der Vorsitzende dankte darauf den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern für ihre fleißige und aufopfernde Tätigkeit und ermahnte sie dringend, auch im kommenden Jahre ebenso fleißig und unermüdet für die Organisation tätig zu sein, denn der Ernst der Zeit erfordert es eben mehr als je. In Punkt Verschiedenes wurde auf die bevorstehende Gewerbegerichtswahl aufmerksam gemacht und zur fleißigen Agitation aufgefordert. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Verband geschlossen.

**Stuttgart.** Am 9. Februar fand unsere Generalversammlung im Gasthaus zur Glocke statt, die aber trotz der frühzeitigen Einladung nur mäßig besucht war. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Erledigung der Anträge, 5. Verschiedenes. Nachdem Kollege Kränke als Vorsitzender die Anwesenden herzlich begrüßt hatte, erstattete derselbe den Jahresbericht, aus welchem zu entnehmen war, daß es in hiesiger Verwaltungsstelle trotz Schikanieren und Terrorisieren von Seiten der roten Freiheitshelden dennoch vorwärts ging. Es seien diese Fortschritte namentlich den jüngeren Kollegen und Vertrauensleuten zu verdanken, die kein Opfer scheuten und manchmal schwer unter dem Druck der „Genossen“ zu leiden hatten. Wie früher, so habe sich auch dieses Jahr ein großer Wechsel in der Mitgliederbewegung bemerkbar gemacht. Am Verbandsleben beteiligten sich im Laufe des Jahres 107 Kollegen, von denen 33 Neuaufnahmen sind. Versammlungen wurden 56 mit 27 Vorträgen abgehalten. Er machte die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Versammlungen in Zukunft, namentlich aber in nächster Zeit, besser besucht werden müssen. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kassierer, Kollege Hämmerle, das Wort zum Kassenbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß insgesamt 2698 Beitragsmarken mit einer Gesamteinnahme von 1576,55 M. verkauft wurden. In Unterstützung wurden 262,95 M. ausbezahlt. In den Vorstand wurden gewählt als erster Vorsitzender Kollege Blasius Kränke, als zweiter Vorsitzender Kollege Schöper, als Kassierer Kollege Hämmerle, als Schriftführer Kollege Ganz und als Revisoren Kollege Burdard Lorenz und Kollege Haberstroh. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Bei Punkt vier begründete Kollege Ganz seinen Antrag auf Erhöhung der Wochenbeiträge. Einzelne Kollegen verhielten sich ablehnend. Es wurde der Beschluß gefaßt, erst nach Abschluß des neuen Tarifvertrages den Wochenbeitrag zu regeln und bis dahin noch den früheren Beitrag beizubehalten. Zum Schlusse forderten die Kollegen Hämmerle und Ganz die Kollegen auf zur weiteren Mitarbeit, namentlich auch zur Unterstützung des Vorstandes, die auch darin besteht, daß die Versammlungen regelmäßig besucht werden. Auch an dieser Stelle sei den Kollegen von Stuttgart und Umgebung zugerufen: Auf zur Tat! Unser Wahlspruch soll lauten: Vorwärts immer, rückwärts nimmer. Abschließend dankte der Vorsitzende nochmals allen Kollegen für ihr Erscheinen und ihre kräftige Mitarbeit im verfloßenen Jahre. Mit ebensolcher Begeisterung wollen auch wir das neue Verbandsjahr beginnen und auch den Kollegen zurufen, die nicht anwesend waren: Zeigt auch ihr, daß ihr berechtigt seid, den Namen als „christlicher Bauarbeiter“ zu tragen. Nur so können wir an dem Wohl und Gedeihen der christlichen Bauarbeiter und an der ganzen christlichen Arbeiterbewegung mithelfen.

**Zeisingen.** Am 9. Februar tagte hier unsere Generalversammlung. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Der Kassierer Anton Wiegand gab den Jahresbericht bekannt. Daraus war zu ersehen, daß wir auch in diesem Jahre gute Fortschritte gemacht haben. Dann erfolgte die Vorstandswahl. Auf allgemeinen Wunsch wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Vorsitzender ist Koll. Jos. Engel, Kassierer Koll. Anton Wiegand, Schriftführer Koll. Karl Bod. Als Revisoren wurden die Kollegen Joh. Bod und Jos. Heine II. bestimmt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl wieder an und versprachen, in diesem Jahre ihre Pflicht genau zu erfüllen wie im vergangenen Jahre. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften vom Vorsitzenden, Koll. Jos. Engel, geschlossen.

**Wiesdorf.** Unsere Zahlstelle hat im verfloßenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Es wurden 136 Neuaufnahmen gemacht, und 24 Kollegen traten vor den „freien“ Verbänden zu unserem Verbands über. Die Gesamteinnahmen betrugen 3859,20 M. Der Bestand der Lokalfasse war am Schlusse des Jahres 164,57 M. Die bisherige günstige Bauaktivität scheint auch im neuen

Jahre anzuhalten. — In der Versammlung vom 15. Februar fand die Vorstandswahl statt. Es wurden gewählt bzw. wiedergewählt: als erster Vorsitzender Kollege Hermann Fröh, zweiter Vorsitzender Kollege Franz Gusinger, als erster Kassierer der Kollege Georg Rogalla, als zweiter Kassierer Kollege Kaspar Thies, als erster Schriftführer Kollege Alois Weinrich, als zweiter Schriftführer Kollege Peter Gröschel. Die bisherigen Kassieratoren Schott und Klein wurden einstimmig wiedergewählt. Das Amt eines Hauskassierers übernahm für Blittart Kollege Karwig, für Wiesdorf Kollege Krautkremer. Alle Kollegen versprachen, auch in diesem Jahre nach besten Kräften an dem Ausbau und der Stärkung des Verbandes mitzuarbeiten. Kollege Becker, Köln, sprach sodann in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über Bauarbeiterchutz. Er ermahnte die Kollegen angeichts der zahlreichen Unfälle des letzten Jahres, sofort der Verbandsleitung Köln, Palmstraße 14, Telephon Nr. A 3210, Mitteilung zu machen, wenn auf einer Baustelle in bezug auf Gerüst, Abdeckung, Leitergänge Mängel zu verzeichnen wären. Sodann fand eine Aussprache über unsere Tarifbewegung statt. Alle zureisenden Kollegen werden ersucht, sich beim Kassierer, Kollegen Georg Rogalla, Wiesdorf, Große Kirchstraße 37, anzumelden.

**Fliesenleger.**

**Berlin.** Die am 11. Februar stattgefundene Generalversammlung war gut besucht. Die Tagesordnung war: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Gewerkschaftliches. Der erste Vorsitzende gab den Jahresbericht. Stattgefunden haben 9 Versammlungen, 1 General- und 8 Mitgliederversammlungen. Acht Vorträge wurden gehalten. Die Arbeitslosigkeit war in unserem Berufe keine schlechte zu nennen, obwohl bei den anderen Berufen der Baubranche sozusagen schlechte Konjunktur war. Kollege Bergmann hielt einen Vortrag über die allgemeine wirtschaftliche Lage und hob besonders hervor, daß die Kollegen danach streben sollen, das Jochen darauf über fünf Wochen dauernden Streik Erregung zu hoch zu halten. Dazu müßten alle Kollegen ihre Kraft in den Dienst der Organisation stellen, denn nur durch die Geschlossenheit der Kollegen ist es möglich gewesen, die uns angebotenen Verzichtserklärungen zurückzuweisen und eine Lohnherhöhung zu erzielen. Wie bei allen Lohnbewegungen, hatten auch wir mit Streikbrechern zu rechnen. Es waren jedoch nur einige Kollegen aus unserem Berufe. Hauptsächlich waren es Köpfer und Maurer, welche sich in unserem Berufe einmischen wollten. An die Kollegen, welche in der Bewegung sich uns angeschlossen haben, richtete Kollege Bergmann beherzigenswerte Worte, auch fernherhin uns treu zu bleiben und agitatorisch tätig zu sein. So manch ein Kollege ist für unseren Verband noch zu gewinnen, und er wäre der Ansicht, daß bei gutem Willen die noch Fernstehenden gewonnen werden könnten. Betont wurde, überall wo sich Mißstände zeigen, dieselben zu melden, damit dagegen eingeschritten werden könne, denn nur so wird es möglich sein, geordnete Zustände in unserem Berufe zu schaffen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Franz Faeh erster, Heinrich Sticker zweiter Vorsitzender; Johann Schade erster, S. Stengert zweiter Schriftführer; Speckling Friedrich Beisler. Der Kollege Bergmann als Wahlführer dankte dem alten Vorstand für seine Mühen, die er der Sektion geleistet habe, besonders während der Dauer des Kampfes. Er wünschte, daß auch der neugewählte Vorstand seine Kraft voll in den Dienst der Organisation stellt. Die Kollegen müßten auch ihre Schuldigkeit tun, die Versammlungen fleißig und pünktlich besuchen und so dem Vorstande die Arbeit erleichtern. Der Versammlungsbesuch läßt im allgemeinen noch viel zu wünschen übrig.

**Püser.**

**Berlin.** Am 5. Februar hielt unsere Zahlstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes, Sektion der Püser, ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Begoll, eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über das Geschäftsjahr 1912; 2. Vorstandswahl; 3. Verschiedenes. Der 1. Vorsitzende erstattete dann Bericht über das verfloßene Jahr. An Beitragsmarken wurden 2769 à 90 Pfennig verkauft, ergibt eine Summe von 2492,10 M. An Arbeitslosenmarken sind 326 à 25 Pf. verkauft worden, ergibt die Summe von 81,50 M., zusammen 2573,60 Mark. Wie der Vorsitzende erwähnte, war das Geschäftsjahr 1912 kein besonders günstiges, welches man auch an dem Verkauf der Arbeitslosenmarken erkennen kann. Die schlappe Konjunktur scheint auch in diesem Jahre nicht viel besser zu werden. Der Vorsitzende ersuchte die arbeitslosen Kollegen, sich zur Kontrolle zu melden. Die Hälfte der arbeitslosen Kollegen hätten sich gar nicht gemeldet und doch Arbeitslosenmarken gekauft. Ferner besprach der Vorsitzende die Gewerbegerichtswahl 1912. Dieselbe ist nicht so günstig ausgefallen, als es der Wunsch war. — Im Jahre 1912 sind 10 Mitgliederversammlungen abgehalten worden. Davon sind 1 außerordentliche und 2 Vorstandssitzungen. In 6 Versammlungen sind Vorträge gehalten worden. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, doch zahlreicher in den Versammlungen zu erscheinen. Der Mitgliederbestand betrug im Jahre 1911 85. Eingetretene sind 20 Kollegen; ausgetreten 5. Bestand im Jahre 1912 95. Darauf wurde zum 2. Punkte: Vorstandswahl geschritten. Es wurden die Kollegen Donnerst als 1., und Koneff als 2. Vorsitzender gewählt, Bartkowiak als 1. und Bode als 2. Schriftführer: Der Kollege Kowetnik wurde als Beisitzer gewählt. Die Beerbigungsdeputation besteht aus den Kollegen Begoll, Donnerst und Koneff. Als Kartellbelegter wurde Kollege P. Berda gewählt. Als Türkontrollleur wurde A. Peterel, als Delegierter für Arbeitervertreterwahlen Donnerst gewählt. Dann wurde zum Punkte Verschiedenes übergegangen. Der neugewählte 1. Vorsitzende, Kollege Donnerst, er-



Märkte den Kollegen, daß er den Posten hat übernehmen müssen, sich aber nicht befähigt dazu fühlt. Er hofft aber von allen Kollegen unterstützt zu werden. Darauf hatte sich Kollege Bergmann zum Worte gemeldet. In seiner Ausführung streifte er die große Arbeitslosigkeit, die bei uns herrscht. Sie beläuft sich bis auf 70 Prozent der Kollegen.

Maurer.

Posten. Die Jahreshelle der Maurer Posten hielt am 13. Februar eine gut besuchte Generalversammlung ab. Den Jahres- und Kassibericht erstattete Kollege Müller. Aus demselben ging hervor, daß aus verkauften Eintritts-, Beitrags- und Lokalmarken die Summe von 12547,80 M. vereinnahmt wurde. An die Hauptkasse wurde die Summe von 10 625,82 M. gesandt. An Unterstützungen aus den Mitteln der Hauptkasse wurden gezahlt: für Rechtschutz 604,20 M., für Krankenunterstützung 1180,65 M., an Sterbeunterstützung 504 M., an Gemäßigten-, Streit- und Wittämterunterstützung 319,40 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1911 611. Trotz der 135 Neuaufnahmen konnte am Schlusse des Jahres 1912 ein weiterer Zuwachs nicht verzeichnet werden, da ein großer Teil der Kollegen wegen der im Herbst eingetretenen Arbeitslosigkeit sich nach Westfalen abmeldete. Kollege Kitzelt wiederholte in polnischer Sprache den Bericht und gab einen allgemeinen Überblick über die Verhältnisse in Posten. Es wurden die Berichte mit Beifall aufgenommen. Allgemein wurde Klage geführt, daß durch den früheren Lokalbeamten in der Verwaltungsbüro viel vernachlässigt worden ist. In den Vorstand wurden nachstehende Kollegen gewählt: als erster Vorsitzender Walbert Benz, als zweiter Johann Kadmit, als Kassierer Johann Kitzelt, als erster Schriftführer Stanislaus Kuszewski, als zweiter Stanislaus Sander, als Kassierassistenten die Kollegen Saha, Janowski und Maczowski, als Kartellbelegierte J. Müller, J. Kitzelt, J. Schach, Maczowski und Kosniak. Kollege Müller ging dann auf die gegenwärtig geführten Verhandlungen im Baugewerbe ein. Da die Arbeitgeber bis jetzt gegen eine allgemeine Lohnerhöhung sind, haben die Kollegen alle Veranlassung, sich auf den Kampf zu rufen. Er ermahnte auch die Kollegen, jetzt vor der Bewegung nochmals energisch mit der Agitation einzusetzen. Die Gleichgültigkeit müsse verschwinden, insbesondere müsse der Versammlungsbetrieb ein besserer werden. Kollege Kitzelt schloß mit einem Appell an die Kollegen, daß sie mit Vertrauen Hand in Hand mit den angestellten Kollegen arbeiten sollen, auf daß unser Verband im nächsten Jahre seine Mitgliederzahl verdoppelt. Mit einem Hoch wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Stuttareure.

Münster i. N. Am Sonntag, den 15. Februar, fand im Lokale des Gastwirts Thomas, Riemensstraße, unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Jungfermann, eröffnete um 9 Uhr die Versammlung und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Vorstands- und Delegiertenwahlen, 2. Stellungnahme zur Tarifunternehmung, 3. Beschlußbescheid. Die Verhandlungen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Wilhelm Jungfermann, 2. Vorsitzender Albert Kitzelt, Schriftführer Paul Bogalski, Kassierer Joh. Hagemann und als Revisoren die Kollegen H. Korth und Joh. Brantenborg. Als Verwaltungsbekleidete wurden gewählt Paul Katerne, Ph. Korth und Wilhelm Jungfermann, als Kartellbelegierte Wilhelm Dabritz und Wilhelm Jungfermann. Im Punkt 2 der Tagesordnung erteilte der Vorsitzende dem Lokalbeamten Kollegen Kasper das Wort. Derselbe sprach in längerer Ausführungen über den ablaufenden Tarifvertrag im Stättelgewerbe und ersuchte die Kollegen, ihre Wünsche in betreff Abänderung des Vertrages vorzubringen, weil in nächster Zeit in die Verhandlungen einzutreten wird. Der alte Vertrag sieht vor, daß 3 Monate vor Ablauf des Vertrages erneut in Verhandlungen einzutreten werden soll. Der alte Vertrag läuft am 31. 3. dieses Jahres ab. Hieran fand eine lebhafte Ansprache der Kollegen statt. Es wurde beschlossen, daß der Vorstand die vorgeschriebenen Wünsche formuliert und in der nächsten Versammlung bekanntgibt. Im Punkt 3 Beschlußbescheid wurde eine Familienfeier angesetzt, welche Angelegenheit ebenfalls dem Vorstand zur Entscheidung überwiesen wurde.

Zimmerer.

Bezirk Münster. Welche Aufgaben der sozialdemokratische Zimmererverband besonders zu lösen gedenkt während der Lohnbewegung ist aus folgendem ersichtlich: Zunächst hat er sich in Münsterland und im Geopfergebiet Libbenberg die Kollegen der in letzterem Verband organisierten Kollegen verschafft. Sodann sind derselben von Homberg aus Mitte Februar zwei Flugblätter durch die Post geschickt worden. Einmal davon gibt den Zentralvorstandenden Schuber als Verleger an und das zweite den „Genossen“ J. Sch. Dieses letzte Schlußbelegblatt wurde schon im Herbst 1911 verteilt, und ist heute in den Kammern 45 bis 48 der „Baugewerkschaft“, Jahrgang 1911, unter dem Namen „Seinungsblatt“ gedruckt unter die Augen gekommen und dessen ganze Verlegenheit trefflich illustriert. Einmal soll unsere Mitglieder bewegen, dem einzigen „Seinungsblatt“ beizutreten. Dasselbe ist nochmals zu drucken. Einmal, da sich ein dringenderes geschicktes Schlußbelegblatt von 10 Seiten nicht darauf beschränken. In dem anderen Flugblatt wird nicht nur auf den Zweck der Organisation hingewiesen, sondern auch gegen andere Organisationen und den darin enthaltenen Mangel hin-

gebennert, weil er eben nicht nach dem Geschmack unserer „neutralen“ Volkblutgenossen ist. Daß dabei selbstverständlich auch die politische Arbeiterpresse (lies rote Parteipresse. D. B.) sowie sonstige sozialdemokratisch approbierte Literatur empfohlen wird, versteht sich am Rande. Unsere Mitglieder wissen diesen roten „Aufmarsch“ schon richtig einzuschätzen und genügt ein Hinweis darauf. Doch worauf es ankommt, ist folgendes: Daß eine Organisation neue Mitglieder zu gewinnen sucht, ist ihr nicht zu verwehren. Daß aber der Zimmerverband jetzt, wo wir in der so bedeutungsvollen Lohnbewegung des Baugewerbes zu gemeinsamem Handeln aufeinander angewiesen sind, die Zeit für gekommen hält, die christlichen Gewerkschaften bei unseren Mitgliedern zu verächtlichen und letztere uns — wenn er könnte — abspenstig zu machen, zeigt ihr uns in seiner ganzen Zweispaltigkeit. Glauben diese Machter des roten Zimmerverbandes, damit das gemeinsame Handeln zu fördern? Glauben sie damit der Bauarbeiterklasse einen Dienst zu erweisen? Nur den Unternehmern kann mit einer solchen Taktik in die Hände gearbeitet werden. Unsere Kollegen im Bezirk Münster — ebenfalls im ganzen Verband — ersuche ich, genau wieder so zu handeln wie 1911, nämlich, wenn wieder die Zimmergenossen mit der Hausagitation einsetzten, die „deutschen“ Agitatoren zur Tür hinaus zu befördern. Doch das allein soll unsere Antwort nicht bleiben, sondern rücksichtslos wollen auch wir die Agitation unter den Zimmerern betreiben, nämlich, wo wir ein Mitglied aus dem roten Zimmerverband herausholen können, da muß es mit allen uns zu Gebote stehenden geschicklich erlaubten Mitteln geschehen, zweitens wollen wir mit Hochdruck arbeiten, um alle unorganisierten Zimmerer unserem Verbande zuzuführen. Also, Zimmerer unseres Verbandes, greift kräftig zu in der Agitation. D. B.

Das Ergebnis der Bewegung an der Saar.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hatte am Sonntag, den 23. Februar eine Bezirkskonferenz nach Saarbrücken einberufen, die sich mit dem Ergebnis der Lohnbewegungen und den Begleiterscheinungen der letzten großen Bewegung befaßte. Zu dem ersten Punkt erörterte Efferl von der Hauptleitung des Gewerbevereins den Bericht. Einleitend gab er bekannt, daß das gewünschte Material nicht von allen Inspektionen vollständig eingegangen sei. Dieses trifft besonders auf die über Tage beschäftigten Arbeiter zu. Zimmerer aber sei für die Delegation unter Tage so viel Material gesammelt, daß sich ein Bild über die Lohnverhältnisse ergebe. So seien aus über 90 Steigerabteilungen Angaben vorhanden, die sich auf fast 9000 Hauer und Lehrhauer erstrecken, die in rund 1000 Kamerabteilungen beschäftigt seien. Eine Gehingerhöhung habe in sehr vielen Fällen stattgefunden. In anderen Fällen sei aber auf dem Fragebogen ausgeführt: Eine Gehingerhöhung habe zwar nicht oder fast nicht stattgefunden, jedoch seien die Löhne im Januar in fast allen Kamerabteilungen höher. Viele Kamerabteilungen enthalten den Vermerk: Lohn gemacht, oder den Zusatz: Für schlechtes Gebirge, für Störung 100, 150 oder 200 Mark Zulage. Dagegen finden sich auch Kamerabteilungen, die weniger verdient haben als im Normalat, oder es heißt: Gehindergefügt. Im allgemeinen ergibt sich: Die niedrigen Lohnklassen gehen zurück, und die Zahl derer, die in höhere Lohnklassen eintreten, wird größer. Zu der Entlohnung der Anfallrentner, welche Frage besonders unstritten war, ist, soweit die Feststellungen reichen, ebenfalls eine Aufbesserung eingetreten. In zahlreichen Fällen ist eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Tag eingetreten, andere sind wieder an ihrer alten Beschäftigung als Hauer oder Lehrhauer.

Das Schlussergebnis kann dahin zusammengefaßt werden: Es ist für die Mehrheit eine Erhöhung der Löhne eingetreten. Mit den Begleiterscheinungen der letzten Bewegung befaßte sich der Bezirksleiter Ruhnen. Mit scharfen Worten kennzeichnet er nochmals das bekannte schändliche Verhalten der gegnerischen Organisationen, besonders das der Facharbeiter, während und nach der verfloffenen Bewegung. Weiter charakterisierte er die jüngsten Treiben gegen den Gewerbeverein aus Anlaß einer Erklärung, zu der sich der „Bergknappe“ in der Abwehr eines Schreibens des hochw. Herrn Bischofs von Trier genötigt sah. Er sagte hierzu u. a.:

Wir können es gut verstehen, daß ganz besonders die höchsten Organe „Berliner Richtung“ nachträglich etwas liegen, können es auch verstehen, wenn ganz besonders die Führer der Berliner sich arg ins Zeug legen; behaupten doch böse Zungen, diese Herren hätten den hochwürdigsten Herrn Bischof zu dem Schreiben bewogen. Es ist wirklich bedauerlich, wenn Leute sich hinter Kirchenfürsten verbergen, um für sich oder ihre Organisation oder Presse etwas heranzuschlagen. Falls die Berliner nun vorgehabt haben, dadurch Uneinigkeit in die Reihen der Gewerkschaften zu tragen, dann sind all ihre Hoffnungen zerfallen. Wir bekennen es wirklich, daß die Parteien des Hochwürdigsten in die Debatte hineingezogen werden ist, konnten aber, nachdem das Schreiben des Herrn Bischofs veröffentlicht war, nicht anders handeln, wir mußten unsere Selbständigkeit wahren, und jeder, der den Eifer Kongress verfolgt hat, konnte von uns auch keine andere Antwort erwarten.“

Redner beschäftigte sich dann mit dem von den „Berlinern“, „Genossen“ und „Hirschen“ kolportierten Märchen, zwischen der Kündigung und der letzten Konferenz (am 29. Dez.), wäre für die Saarbergleute nichts herausgekommen. Er führte demgegenüber aus: „Man frage ich: Was das, was wir erhalten haben, worüber der „Bergknappe“ ja auch schon berichtete, nichts mehr, als wie wir es vor dem 15. Dezember hatten? War nicht schon allein die bindende Erklärung „was sich schon im Januar 1913 bemerkbar machen wird“ für die Saarbergleute ein großer Vorteil? Hier war jetzt sofort der Termin festgelegt. Mehr konnte tatsächlich auch nicht bei einem Kampf herauskommen, denn daß der Unternehmer bei einem Streit, der mit Erfolg endet, Vorschuß zahlt, ist noch nicht dagesewen, wird auch nie kommen. Die Lohnerhöhung kann sich nicht eher bemerkbar machen, bis die Leute an der Arbeit sind, und hier haben es die Leute auch direkt für den Monat, in dem sie in den Kampf treten wollten, bindend versprochen bekommen, und das Versprechen ist, soweit es sich jetzt übersetzen läßt, gehalten worden. Angesichts dieser Tatsachen kann doch kein vernünftiger Mensch mehr davon reden, daß wir vor dem 15. Dezember genau dasselbe gehabt hätten. Das Bindende, Schriftliche fehlte und ist erst später zugesagt worden. Gewiß, wir verstehen die Bergwerksdirektion, wenn sie sich damit herauszuwinden sucht, indem sie sagt, sie hätte sich auch ohne diese schriftlichen bindenden Erklärungen im Januar den Lohn steigen lassen. Ja, das kann man von einer Direktion auch noch verstehen, aber, daß sich die übrigen Verbände derartige faule Ausreden zu eigen machen, ist nun doch unverständlich. Und heute bei dieser Gelegenheit will ich auch nicht versäumen, dem Herrn Abgeordneten Cassermann und ganz besonders dem Herrn Prof. Dr. Herwig den Dank abzustatten für ihre Bemühungen beim Zustandekommen der schriftlichen bindenden Erklärung der Direktion. Von anderer Seite wird uns nun ein Strich darauf zu drehen versucht, daß wir die nationalliberalen Herren um Vermittlung angegangen sind. Ja, konnten wir denn anders handeln, als wir in Wirklichkeit gehandelt haben? Nachdem die Herren Abgeordneten Kosmann und Amtsgerichtsrat Dr. Herr schon eher beim Münster waren, ehe die Arbeiterdelegationen dahin kamen, ohne vorher mit uns Rücksprache zu nehmen, und dann, ohne etwas erreicht zu haben, wieder vom Minister zurückkamen, da konnten wir diese Herren doch nicht mehr um ihre Vermittlung angehen, so gern wir es getan hätten. Die nationalliberalen Herren dagegen hatten unserer Organisation nicht vorgegriffen, sondern ließen zunächst der zuständigen Arbeiterorganisation freie Hand und waren, nachdem die Organisation alle Wege gegangen, zur Vermittlung gerne bereit. Wenn hier dem Abg. Kosmann Vorbeeren entgegen sind, dann ist nicht der Gewerbeverein daran schuld, sondern Herr Kosmann selbst durch seine verfehlte Taktik.“

Es fand dann eine Resolution Annahme, in der die Exerieren und Verleumdungen der Sozialdemokraten, Berliner und Hirsch-Dankerschen gegen den Gewerbeverein entschieden zurück gewiesen werden. Gegenüber dem Schreiben des hochw. Herrn Bischofs von Trier betont die Konferenz die Selbständigkeit der Arbeiter- und der Gewerkschaftsbewegung in wirtschaftlichen Berufsfragen. Der seit der letzten Konferenz bestehende Waffenstillstand wird für beendet erklärt. Es heißt diesbezüglich in der Resolution:

„Wie das Ergebnis der Fragebogen nachweist, ist im allgemeinen eine bemerkbare, teilweise sogar wesentliche Lohnerhöhung eingetreten, die sich auf fast allen Arbeitergruppen, soweit das Material vorlag, erstreckt. Konferenz erkennt dieses Entgegenkommen an und beschließt, die Lohnbewegung zu beenden in der Erwartung, daß der Fiskus auf jenen Gebieten, wo die Löhne noch keine zufriedenstellenden sind, auch noch eine Steigerung vornimmt, und bei weiter anhaltender guter Konjunktur die Löhne noch weiter steigen läßt, insbesondere dort, wo sie am meisten zu wünschen übrig gelassen.“

Damit ist nun endgültig wieder der wirtschaftliche Frieden im Saarbergbau hergestellt.

Ein beifällig aufgenommenes Referat des Gesamtverbandessekretärs Balrusch-Köln, über die gelassenen Bestrebungen an der Saar beschloß die Konferenz.

Der Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen

hielt in den Tagen vom 11. bis 13. Februar in Berlin seinen vierten Verbandstag ab. Mit Befriedigung können die Heimarbeiterrinnen auf die verfloffene Tagung zurückblicken. Bewies sie doch erneut wieder, welche regen Interesse die Öffentlichkeit an der Reform der Heimarbeit nimmt. Die Kaiserin hatte eigens eine Vertreterin gesandt, und auch der Kaiser hatte es sich nicht nehmen lassen, zu der den Abschluß der Tagung bildenden Theateraufführung im Schauspielhaus zu erscheinen und an dieser von Anfang bis zu Ende teilzunehmen. Diese auf direkte Veranlassung der Kaiserin gegebene Veranstaltung war eigens für die Heimarbeiterrinnen und deren Gäste arrangiert. Die innere Entwicklung des Gewerbevereins seit dem Jahre 1899 zeigt eine, wenn auch langsame, so doch unmerkbar fortschreitende Tendenz. Zwar hatte eine notwendige Beitragserhöhung die Folge, daß vorübergehend ein kleiner Rückgang in der Mitgliederzahl eintrat. Dieser Zustand ist indessen schon wieder überwunden. Den 626 Mitgliedern des Jahres 1909 stehen 8366 in 1912 entgegen. Die Zahl der Ortsgruppen ist in der gleichen Zeit von 60 auf 74 gewachsen. Ein Hauptaugenmerk richtete die Leitung auf die Verbesserung der Heimarbeitsergebnisse. Die bring-



schste Aufgabe ist nach wie vor die Lohnfrage. Es ist allgemein bekannt, daß in keinem anderen Gewerkschaftszweig so ungenügend schlecht entlohnt wird wie in der Heimindustrie. Dem hat der Gewerksverein durch den Abschluß von Tarifverträgen entgegenzuwirken gesucht. Im ganzen hat er 18 solcher Verträge zum Abschluß gebracht. Die Einrichtung von Lehrkursen verfolgt den Zweck, die fachliche Eignung der Heimarbeiterinnen zu heben. Daneben haben einzelne Ortsgruppen eigene Betriebswerkstätten eingerichtet, in anderen sind soziale Hilfsgruppen in der Vermittlung behördlicher Aufträge für die Mitglieder des Gewerksvereins tätig.

Über die Ausgestaltung des Programms referierte Fräulein Gertrud Döhrenfurt. Sie konnte mit Befriedigung feststellen, daß erhebliche Änderungen an demselben vorgenommen werden müßten, weil erfreulicherweise eine ganze Anzahl Forderungen durch die neue Heimarbeitergesetzgebung ganz oder teilweise verwirklicht worden ist, so die behördliche Listenführung, die unentgeltliche Grundlegung aller Heimarbeiterreform, dann die Einführung von Lohnbüchern für die gesamte Hausindustrie, das Verbot der Mitgabe der Arbeit an Fabrikarbeiterinnen, die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf das Hausgewerbe, einige sanitäre Schutzmaßnahmen und die reichsgerichtliche Kranken- und Hinterbliebenenversicherung. Als die nächsten Ziele wurden bezeichnet:

1. Vertretung der Heimarbeiterinteressen bei den öffentlichen Körperschaften.
2. Ausgestaltung der Kranken- und Hinterbliebenenversicherung.
3. Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Hausindustrie.
4. Wohnungsreform und Wohnungspflege durch weibliche Beamte.
5. Durchführung des Rinderschutzgesetzes unter Vermehrung der weiblichen Beamten der Gewerbeaufsicht.
6. Berufliche Fortbildung sowie Arbeitsvermittlung.
7. Regelung des Verdienungswezens.
8. Direkte Ausgabe behördlicher Aufträge an Heimarbeiterverbände.
9. Regelung und Senkung der Lohnverhältnisse durch Tarifverträge.
10. Durchführung des Hausarbeitgesetzes, insbesondere Erleichterung und Ausbau der Fachauschüsse mit dem Endziel rechtserbindlicher Lohnfestsetzungen.

Professor Dr. Ernst Franke gab in einem Vortrage „Vertretung der Heimarbeiter bei Tarifverträgen“ Mittel und Wege an, wie der Gewerksverein eine stärkere Mitwirkung bei dem Abschluß von Tarifverträgen erreichen könne. Besonders die Fachauschüsse sollten zu Tarifabschlüssen herangezogen werden. Sie seien mit dem Kern der Sache, der Lohnfrage, am besten vertraut, da es ja ihre Aufgabe sei, Lohnanhebungen zu machen und die Angemessenheit der Löhne zu begutachten. Sollte jedoch auf diesem Wege in absehbarer Zeit eine Besserung der Verhältnisse nicht zu erreichen sein, so müsse auf die alte Forderung der gesetzlichen Lohnregelung zurückgegriffen werden.

Über das Thema „Behördliche Aufträge für Heimarbeiterinnen“ referierte Fräulein Dr. Käthe Gabel. Oberregierungsrat Dr. Bittman, Karlsruhe, Direktor des großherzoglichen Gewerbeaufsichtsamts, sprach über „Hausarbeitgesetz und Gewerbeordnungsnovelle“. Er sagte von diesem Gesetz, daß es die Lasten wesentlich auf die Schultern des Heimarbeiters lege und sehr schwer kontrollierbar sei, und daß es weit mehr als andere Arbeiterschutzgesetze auf die Mitarbeit und den Willen der Arbeiterschaft angewiesen sei.

Über das Rinderschutzgesetz und über die praktische Anwendung der Reichsversicherungsordnung sprach Herr Ratschet Klingler, Nürnberg, und Reichstagsabgeordneter, Kollege Weder, Amberg.

Weitere Verhandlungen betrafen die Regelung innerer geschäftlicher Angelegenheiten, sowie die Ausbreitung und Förderung der Organisation.

Wir wünschen bei dieser Gelegenheit dem Gewerksverein der Heimarbeiterinnen eine weitere gedeckliche Entwicklung. Möge auch die vergangene Tagung in dieser Richtung ihre Früchte zeitigen. Sie hat die Organisation und besonders deren Leitung auf einer achtungsvollen Höhe gezeigt. Das bewies besonders die Diskussion, in der sich zeigte, daß auch bei den Heimarbeiterinnen die gewerkschaftliche Schulung erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Möge der echte gewerkschaftliche Geist, der sich in dieser Tatsache dokumentiert, auch weiter in den Reihen des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen lebendig sein und dazu beitragen, daß die heute noch nicht erledigten Forderungen seines Programms bald ihre Verwirklichung finden.

### Volkswirtschaftliches u. Soziales.

**Krankentag in Aachen.** Das Bezirksstättel der christlichen Gewerkschaften für Aachen und Umgegend hatte in Verbindung mit der Arbeitervertretervereinigung und dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 1. Februar, morgens 10 1/2 Uhr, im Prinzenhof in Aachen einen Krankentag für den Regierungsbezirk Aachen einberufen. Alle Krankenkassen des Bezirks waren vertreten, auch die eingeladenen Gäste und sonst Interessierte waren erschienen, so daß der Saal im Prinzenhof bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Nachdem der Vorsitzende, Kollege Gwald Weber, die Anwesenden begrüßt und den Zweck der Tagung erläutert hatte, erzielte er das Wort dem Reichstagsabgeordneten, Kollegen Joh. Weder-Amberg, welcher in knapp abgenommener Vortrage die Situation unserer Krankenkassen nach dem Wortlaute der neuen Reichsversicherungsordnung schilderte. Diejenigen Punkte, Erleichterung des Versicherungskreises (700000 neue Versicherte), erhebliche verbesserte Krankenleistungen, das neue Verhältnis zu den Ärzten nach § 170 des Gesetzes und die gesetzlichen Bestimmungen über Abrechnung und Zentralisation der Krankenkassen, in den Vordergrund, so daß über diese Fragen Klarheit geschaffen wurde.

Danach bekam Gesamtverbandssekretär, Kollege Fröhlich-Köln, das Wort, um durch ein überzeugendes Plädoyer die Notwendigkeit des neugegründeten Gesamt-

verbandes deutscher Krankenkassen und den Anschluß an denselben zu begründen.

Dieser Verband zählt jetzt schon nahezu 1/2 Million Mitglieder, damit ist seine Existenzberechtigung gegeben, insbesondere wo noch 12 Millionen Versicherte zu erfassen sind. Derselbe steht auf nationalem Boden und umfaßt die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, auch der Vorstand ist so zusammengesetzt. Das Organ, „Die Krankenversicherung“, dem tüchtige Fachmänner als Mitarbeiter zur Seite stehen, erscheint seit dem 1. Januar 1913 und kann nicht warm genug empfohlen werden. Aufbau, Ziel und Zweck des neugegründeten Verbandes garantieren demselben eine Zukunft, vorausgesetzt daß alle Krankenkassen, die bis jetzt noch eine abwartende Stellung eingenommen haben, ihren Anschluß perfekt machen. Wenn auf der anderen Seite Ärzte, Apotheker, Droghändler, Dentisten, Zahntechniker usw. über starke Organisationen verfügen, so ist das für die Krankenkassen eine selbstverständliche Pflicht, besonders wo der Anschluß pro Kopf und Jahr ein Pfennig kostet. Augenblicklich sind ja im Preussischen Verbands, der wegen seinem sozialdemokratischen Charakter ziemlich einflusslos geworden, 4 1/2 Millionen und in dem Betriebskrankenkassenverbande 2 Millionen Versicherte zusammenschlossen. Mindestens 12 Millionen stehen noch abseits, das ist das Arbeitsfeld des neugegründeten Verbandes, der seinen Sitz in Essen und seine Geschäftsstelle in Köln, Eintrachtstraße 147, hat.

Nachdem der Vorsitzende unter dem Beifall der Anwesenden den beiden Rednern gedankt und eine rege Diskussion stattgefunden, sprach Reichstagsabgeordneter, Kollege Joh. Weder, das Schlusswort. Die Tagung schloß mit dem Danke des Vorsitzenden an die Anwesenden und mit dem Wunsche, die gegebenen Anregungen zugunsten der Versicherten in die Tat umzusetzen.

### Bücherchau.

**Das Einigungsamt.** Monatschrift zur Pflege des gewerblichen Einigungswezens und der Tarifverträge. Herausgegeben von Dr. Brenner, Gewerbegerichtsdirktor. Verlag von Julius Springer, Berlin W. 9.

Die Zeitschrift stellt sich die Aufgabe, „der Pflege des Tarifwezens zu dienen, ein Sammelwerk für alles Wichtige aus dem Gebiete der Tarifverträge zu werden. Zu diesem Zwecke wird es die Entscheidungen und Beschlüsse der obersten Instanzen der Tarifgemeinschaften und bemerkenswerte Entscheidungen der unteren Tarifinstanzen abdrucken und über die Tätigkeit der Einigungsämter der Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte und Innungen Bericht erstatten. Es wird ferner diejenigen Rechts- und Gesetzesmaterien behandeln, die für das Tarifwezen von Bedeutung sind. Die neue Zeitschrift wird durch ständige Beobachtung und Darlegung der gewerblichen Streitigkeiten, ihrer Entstehung, ihres Verlaufs, der Art ihrer Beilegung zeigen, wie bestehende private und gesetzliche Einrichtungen zur Beilegung gewerblicher Streitigkeiten arbeiten, wo sich Unjicherheiten, Lücken, Mängel zeigen, wo ein Eingreifen der Gesetzgebung, um diesem abzuhelfen, nötig wird.“ (Aus der „Einführung“ in Nr. 1, von Freiherr v. Berlepsch.)

Mit der Uebernahme dieser Aufgaben füllt die Zeitschrift tatsächlich eine empfindliche Lücke aus. Gewerkschaftsvertreter und Unternehmer, aber auch städtische und andere Behörden, nicht zuletzt unsere Juristen werden das Unternehmen mit Freuden begrüßen.

Der Preis für ein Jahresabonnement beträgt 4 M., er ermäßigt sich für die Einigungs- und Tarifämter, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Schlichtungskommissionen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände usw. bei Abnahme einer größeren Anzahl von Exemplaren auf 1,50 M. Dieser Vorzugspreis kann jedoch nur dann gewährt werden, wenn Bestellungen direkt bei der Verlagsbuchhandlung Springer erfolgen.

### Veranstaltungskalender.

**Berlin (Maurer).** Die Zahlstelle der Maurer hält am Dienstag, den 11. März, abends 1/9 Uhr, im Lokale Nowotnick, Langestr. 30, ihre Monatsversammlung ab. Es wird ein wichtiger Vortrag gehalten werden. Die Kollegen mögen dazu pünktlich und vollständig erscheinen.

### Briefkasten der Redaktion.

**Nach Argentan, Bergheim (Sieg), Meschitz, Mengede, Steele.** Bei den eingegangenen Versammlungsberichten ist das Papier auf zwei Seiten beschriebener. Das ist, wie wir wiederholt mitteilten, unzulässig. Alle Zuschriften an Zeitungen dürfen nur auf einer Seite beschrieben werden. Wenn diese Regel trotz unserer mehrfachen Hinweise immer wieder unbeachtet bleibt, so ist uns das ein Beleg dafür, wie schlecht die „Baugewerkschaft“ von den Kollegen gelesen wird. Die Berichte aus obigen Orten können nicht eher gebracht werden, als bis sich uns die Zeit zum Umschreiben bietet.

**Nach Eilschhausen.** Euer Bericht über die Versammlung vom 21. Januar ging „schon“ am 19. Februar bei uns ein. Wollten wir denselben in der Reihenfolge der eingegangenen Berichte veröffentlichen, so könnte er vor Mitte März nicht erscheinen. Es geht aber nicht an, in der Zeitung über eine Versammlung zu berichten, die bereits zwei Monate vorher stattfand. Die Veröffentlichung wird also unterbleiben. — Dasselbe gilt von einem Versammlungsbericht aus Mißgoldingen. Die fragliche Versammlung fand schon am 12. Januar statt.

### Bekanntmachungen.

#### Große Arbeitervertretertagungen der Versichertenvertreter aus den Krankenkassen, Versicherungs- und Oberversicherungsämtern.

Nochmals sei auf die folgenden wichtigen Tagungen der Versichertenvertreter aus den sozialpolitischen Institutionen hingewiesen.

Am 9. März in Gelsenkirchen, Bahnhofshotel, direkt am Bahnhof.

Am 6. April in Dortmund, Rest. Herrn Bogell, Münsterstraße 2.

Am 13. April in Köln, im Coloniahaus, Nachener Straße 5.

Am 20. April in Duisburg, im Etablissement „Burgader“.

Reichstagsabgeordneter, Kollege Weder spricht über „Die Wahlen zu den Organen der Arbeiterversicherung und der Aufbau derselben nach der Reichsversicherungsordnung“.

Herr Volksbureauvorsteher Dieck, M.-Gladbach, und Arbeitersekretär Albersmann, Hagen, über „Die Praxis der Arbeitervertreter vor den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern unter Würdigung der wichtigsten materiellen Gesetzesänderungen“. Alsdann freie Aussprache. Die Tagungen beginnen stets 1 1/2 Uhr mittags und enden so frühzeitig, daß auch auswärtige Kollegen daran teilnehmen können.

Freundlichst eingeladen sind alle Versichertenvertreter aus den Krankenkassen und Schiedsgerichten, sowie die Kartell- und Zahlstellenverbände und die Vorstände der konfessionellen Arbeitervereine.

#### Achtung! Verwaltungsstelle Siegen. Achtung!

Die ins Siegerland zureisenden Mitglieder werden ersucht, sich sofort anzumelden. Die Anmeldestellen sind: Siegen, Verbandsbureau, Sandstr. 36. Dasselbst Sprechstunden Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags, Montags von 9 bis 12 Uhr vormittags, sowie Donnerstags von 6 bis 7 1/2 Uhr abends.

- Weidenau, Georg Klein, Gartenstr. 19.
- Geisweid, Ludwig Schmidt, Lindenstr. 11.
- Kreuztal, Wilhelm Schmidt, Dornseifen.
- Krombach, Gwald Kap.
- Niedersehlen, Wilhelm Wehler, Jakobstr. 2.
- Kirchen, Felix Gorzynski, Hauptstr. 15.
- Begdorf, Karl Schilling, Moltkestr. 21.
- Herdorf, Anton Kestrich, Bahnhofsweg 1.
- Wissen, Alexander Grün, Schützenstr. 3.
- Weshbach, Friedrich Leidig, Freusburger Straße.
- Dilpe, Joseph Könnig, Gasse.
- Dreis-Tiefenbach, Karl Bangard.
- Eisern, Wilhelm Schultzeis, Owersdorfer Straße 162.

Mitglieder, welche in Orten arbeiten, wo keine Zahlstellen bestehen, wollen sich schriftlich bei dem Unterszeichneten anmelden.

#### Der Vorstand.

J. A.: Karl Gillenbrand, Siegen, Sandstr. 36, Telefon 1012.

#### Verwaltungsstelle Duisburg.

Wegen der besseren Arbeitsbelegenheit in allen Zahlstellen der Verwaltungsstelle wird um den zureisenden Kollegen rasch Arbeit zu vermitteln, sind in allen Zahlstellen Meldestellen errichtet worden.

- Zahlstelle Duisburg (für alle Berufe), Realschulstraße 2.
- „ Dg.-Weidrich beim Kollegen Th. Peters, Gerhardsstraße 35.
- „ Dg.-Kuhort beim Kollegen Ant. Diegelmann, Fürst Bismarckstraße 30.
- „ Großenbaum beim Kollegen Math. Käfel, Bahnhofstraße 4.
- „ Gudingingen beim Kollegen Fr. Köffel, Unterstraße 66 a.
- „ Hochemurich beim Kollegen Karl Weber, Friedmersheim, Bergheimer Straße 71.
- „ Lomberg beim Kollegen Josef Reichardt, Eisenberg, Kaiserstraße 33.
- „ Mühlheim beim Kollegen Josef Eitler, Südstraße 7.
- „ M.-Berich beim Kollegen Bernh. Mahold, Rensstraße 31.
- „ Roers beim Kollegen Jak. Tenbäke, Regelerstraße 1.
- „ Sintfort beim Kollegen Bernh. Scheibelhut.
- „ Rheinberg beim Kollegen Gerh. Kivitt, Eisenberg, Schloßstraße 88.
- „ Schaphuisen-Abendort beim Kollegen S. Vohl, Bahnhofrestaurant.

Alle zureisenden Kollegen erhalten bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches Arbeit nachgewiesen.

#### Der Verwaltungsstellen-Vorstand.

J. A.: E. Schilling.

#### Verwaltungsstelle Dortmund.

Anmeldestellen für unsere zureisenden Kollegen befinden sich in folgenden Orten:

- Dortmund Stadt, Bureau Westerblichstr. 64, btr.
  - Hörbe, Wilhelm Ahlmeier, Bachstr. 5.
  - Hombrecht, Ferd. Esfeld, Friedrichstr. 9.
  - Selm, Heinrich Kortendick, Ondrup 57.
  - Bort, Bernhard Quante, Selmer Str. 84.
  - Lauer, Anton Sippe, Hohe Straße 4.
  - Stwing, August Kraus, Bergstr. 58.
  - Habinghorst, Ignaz, Romat, Hugostr. 17.
  - Jüfern, R. Pömann, Uferstr. 23.
  - Mengede, Karl Plura, Ammerstr. 8.
  - Brandauer, Joseph Dohmann, Waltropfer Straße 55.
- Die zureisenden Kollegen werden ersucht, sich pünktlich anzumelden.

Der Vorstand. J. A.: Heinz Petri



**Achtung! Bezirk Breslau. Achtung!**  
 Allen Vorstandsmitgliedern der Zahl- und Verwaltungsgesellschaften sowie allen Kollegen des Bezirks Breslau zur Kenntnis, daß sich unser Bureau jetzt Breslau I, Reuschstr. 1, II. Etage, vis-a-vis Blücherplatz, befindet. Alle Anfragen und Sendungen sind daher an obige Adresse zu richten.  
 Franz Gottschall, Bezirksleiter.

Gesse. Alle zureichenden Kollegen melden sich bei W. Sellenmann, Gesse, Hannoverstraße 9, an.

**Achtung! Stuttgart.**  
 Die Adresse des Vorsitzenden der Verwaltungsgesellschaft Stuttgart ist: Blasius Kräutle, Schlosserstraße Nr. 25 IV, die des Kassierers Phill. Hammerle, Gerberstraße Nr. 29 III. Zugereiste Kollegen wollen sich bei diesen Kollegen melden (bei Abwesenheit auf dem Sekretariat, Kernerstraße Nr. 39 D).

**Verwaltungsgesellschaft Gießenburg.**  
 Als verloren gemeldet und für ungültig erklärt ist das Mitgliedsbuch Nr. 16038, lautend auf den Namen Ferdinand Jeshadt.

**Achtung! Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf. Achtung!**  
 Allen Kollegen, welche sich mit unserer Verwaltungsgesellschaft telefonisch in Verbindung setzen wollen, zur Kenntnis, daß unsere Telefon-Nr. geändert wurde. Wir haben jetzt die Nr. 9976.  
 J. A. & S. Meißner.

**Aufforderung.**  
 Wer die Gebrüder Heinrich und Friß Kamm (Zimmerer) kennt, wird gebeten, dieselben aufmerksam zu machen, oder ihre Adresse an Herrn Wilhelm Kamm in Schweinsberg gelangen zu lassen, da von denselben Geld aus einer Erbschaft abzugelen ist.



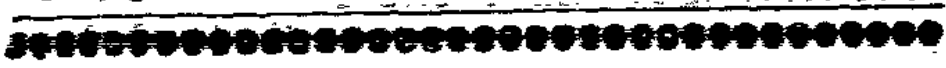
**Durchbreifende Verbandskollegen**

finden in Berlin, Stralauer Straße 53, im „Deutschen Gärtner-Heim“, dem Verkehrslokal des „Deutschen (nationalen) Gärtner-Verbandes“ und des „Berliner christlichen Gewerkschaftsvereins“, gutes und sauberes Nachtlogis von 50 Pf. an. Das Verkehrslokal liegt in der Nähe der Bahnhöfe Alexanderplatz und Jannowitzbrücke.



**Berlinungs- und Verkehrslokale der Verwaltungsgesellschaften resp. Zahlstellen.**

**Alteneffen:** Heinrich Böhm, Eisenwerker Straße, alle 14 Tage Samstag Besichtigung.  
**Effen-Nützenscheid:** Heinrich Dimek, Annastraße 49, Besichtigung der Eff. St. u. G.



**Eine Uhr schenken wir Ihnen.**  
 wenn Sie unsere 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr, prachtvoll graviert, hat ein richtiges und verlässliches Werk, für welches wir 1 Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen zum Verkauf frei und wenn Sie sie verkauft haben, senden Sie uns die 6.-, worauf wir Ihnen die Uhr schicken.  
 J. Stern Co., Berlin SO 16, Klopener Straße 5.

**Bei Husten, Asthma**  
 Ananas, Brombeerkorn, Vordröhnung, Infusion, Schilfen gleich. Krume im Halm, Eukalyptus, Lungenkraut usw. hat schnell, oft schon über Nacht, die verdrückte Luft wieder aus den Lungen drückt (auch für Kinder sehr zu empfehlen) Pulver Kammiller-Heilungsmittel 1 Fl. M. 1.-, Pulver stark M. 2.-, in den Apotheken und in den Schreibwaren-Geschäften, Westfälische Kassen-Verwaltungsgesellschaft, Postfach 120 M., Preis 25 Pf. Für alle Fälle bei Genuß Pulver in Pulver, Kammiller-Heilungsmittel, in der Gasse. Telefonieren Sie heute noch in Amt Leipzig, die es bringt ist. Wir danken, der ist. Viele danken Dankeschreiben.

**Radfahrern**  
 Radfahrern, wenn Sie Rad fahren, dann ist das die beste Gelegenheit, sich zu betätigen. Wir haben für Sie ein interessantes Buch, das Sie sofort in die Hand nehmen können. Preis 1.50 M.  
 E. Meißner.

**Sterbetafel.**  
 Am 18. Februar starb infolge Unglücksfalles unser treues Mitglied, der Maurer **Karl Bines** im Alter von 29 Jahren.  
 Zahlstelle **Bottrop** (Maurer).  
 Am 21. Februar starb unser Kollege **Leo Müller** aus Besges im Alter von 35 Jahren infolge Schlaganfalls.  
 Verwaltungsstelle **Fulda**.  
 Am 22. Februar starb plötzlich unser wertiges Mitglied, der Maurer **Jacob Raci** im Alter von 54 Jahren.  
 Verwaltungsstelle **Kempen i. D.**  
 Am 23. Februar starb unser Kollege, der Fuhrer **Wilh. Rottmann** im Alter von 76 Jahren an Altersschwäche.  
 Zahlstelle der **Stukkateure und Fuhrer Düsseldorf**.  
 Der Kollege **Johann Wegener**, Maurer, ist am 27. Februar im Alter von 19 Jahren an Blinddarmentzündung gestorben.  
 Zahlstelle **Krefeld-Boikum**.  
 Am 28. Februar starb unser Kollege **Wilhelm Benjese** an Tuberkulose im jugendlichen Alter von 33 Jahren.  
 Zahlstelle **Paderborn** (Maurer und Arbeiter).  
 Ehre ihrem Andenken!

**Aus dem Geschäftsleben.**

Die Marke „Weißer Elefant“, Erzeugnis der Westfalia-Kinderwagen-Industrie Bruno Nichtzenhain, Dsnabrück, hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit das Vertrauen der Konsumenten in ungeahnter Weise erworben. Die Kasten- und Leiterwagen der Firma stehen unübertroffen da, trotz des leichten Kaufes elegant in Bauart und unübertroffen in Qualität. Auch die Kinder- und Sportwagen weisen eine unübertroffene Eleganz in Form und Farbe auf.

Man sollte daher nicht veräumen, bei eintretendem Bedarf den neuesten Prachtkatalog 863, der bedeutend reichhaltiger wie seine Vorgänger, gratis und franko einzufordern. Die Auswahl genügt den größten Anforderungen.

Die Kenntnis der Volksarzneimittel und Volksmittel entbehren und entspringt noch täglich aus einer von der Sinnesanschauung und den Verstandesbedürfnissen unabhängigen Erkenntnisquelle aus der Natur, aus schlichten Beobachtungen des Lebens, aus heilsamen

Erfahrungen bei Gesunden und Kranken, aus zweckdienlichen Tatsachen. Dieser unterschätzten Erkenntnisquelle verdankt die Volksheilkunde ihre Entstehung und tagtäglich einen großen Teil ihrer Bereicherungen. Als bekannteste Volksmedizin dürfte wohl Dichtenhelms Singsong-Essenz mit dem Licht gelten. Dieses vorzügliche Volksheilmittel leistet unschätzbare Dienste bei Magenleiden, Kolikanfällen, Kopfschmerzen, Halschmerzen, Schlingbeschwerden, Katarrhen, Nervenleiden usw. Man verlange Prospekt und achte darauf, daß man nur Dichtenhelms echte Singsong-Essenz mit dem Licht, aus Dichtenhelms Laboratorium in Meuselbach, Thuringer Wald, stammend, erhält, nur dann hat man die Gewähr für ein wertvolles Volksheilmittel.

Ein alter Brauch ist es, daß man sich bei besonderen Anlässen, wie bei Geburts- und Namenstagen, bei Verlobung, Vermählung u. dgl. beschenkt. Selbstverständlich will man nur Gedeignetes spenden. In solchen Vertrauenssachen kann man sich unbesorgt an das bestbekannteste, uns als streng teils bekanntes Versandgeschäft Jonaß u. Co., in Berlin N. E. 672, wenden. Welche enorme Auswahl diese hervorragende Firma in Geschenken und Luxusartikeln, Schmuckstücken, Uhren, Musikinstrumenten, photographischen Apparaten, Sprechmaschinen, Spielwaren usw. zu soliden Preisen auf Teilzahlung bei bequemen monatlichen Raten bietet, davon gibt der vornehm ausgestattete Prachtkatalog bereites Zeugnis. Als Beleg für die Leistungsfähigkeit der Firma sei nur an den enormen Umsatz (alljährlich 25 000 Uhren, tausende Sprechmaschinen und über 200 000 Sprechmaschinenplatten) und an die riesige Ausdehnung des Kundendienstes erinnert. Dieser erstreckt sich über 28 000 Orte Deutschlands. Nähere interessante Details beträt der reich illustrierte 600 Seiten starke Prachtkatalog mit 4000 Abbildungen, den jeder Leser unseres Blattes auf Verlangen gratis und portofrei erhält. Wir empfehlen daher allen unseren Lesern, die ein Geschenk zu machen haben, oder selbst etwas benötigen, ungesäumt eine Postkarte zu schreiben an Jonaß u. Co., Berlin N. E. 672, Welle-Alliance-Straße 3, und diesen Prachtkatalog zu verlangen.

**Bös**  
 sind ohne Frage alle Hautunreinigkeiten und Hautauschläge, wie Pusteln, Pickeln, Finken, Rote des Gesichts etc. Daher gebrauchen Sie nur die allein echte  
**Stechenpferd-Teerschwefel-Salbe**  
 von Bergmann & Co., Badelal,  
 2 Stück 50 Pf. Ferner macht der Cream „Dada“ (Lilienmilch-Cream) rote und spröde Haut in einer Nacht weiß und sammelweich. Tube 50 Pf., überall zu haben.

**Wer Geld braucht?**  
 von 100 Mk. an wende sich nur an die „Credit- u. Hypothekengesellschaft“, Berlin 163, Friedrichstr. 113 I. Garantiert rasche u. sichere Auszahlung von Privat- u. Geschäftsgeldern. Auskunft u. Prospekt kostenfrei.

**Bouillonwürfel**  
 100 Stück 2.-, 3.-, 4.- Mk. Tomat-, Sparg-, Hühn-, Taub-, Ei- oder kalte Würfel.  
 = 100 Stück 4,40 Mk. =  
 E. Schneider, Berlin, Madaistr. 11

**Korpulenz**  
 wird beseitigt durch „Tonnoia“. Präparat mit goldenen Medaillen und Ehren diplomen. Kein starker Leib, keine starken Hüften mehr, sondern schlanke, elegante Figur und grüne Taille. Kein Heilmittel, keine Essensmittel, lediglich ein Ernährungsmittel für zwar korpulente, jedoch gesunde Personen. Keine Diät, keine Aenderung der Lebensweise. Vorzügliche Wirkung. Paket 250 M. fr. gegen Postanweisung od. Nachnahme. Fabrik: D. Franz Steiner & Co., Berlin 267, Königsplatz 58-59, Verkauf d. Apoth., Großer depot und Versand: Witte's Apotheke, Berlin, Postdammer Straße 93.

**Schnurrbart!**  
 Versteht sich Erfolg mit Hilfe eines „Novella“ als erstes Mittel. Herr E. Bortow, M. in Kopp (Wp.). Der Herr schreibt: Nach vierwöchentlichem Gebrauch Ihres „Novella“ hat sich mein Schnurrbart so schön entwickelt, daß ich so stolz bin, daß ich ihn zeigen kann. Bei Schnurrbart-Gebildung ist es sehr wichtig, daß man ein gutes Mittel nimmt. Bei Schnurrbart-Gebildung ist es sehr wichtig, daß man ein gutes Mittel nimmt. Bei Schnurrbart-Gebildung ist es sehr wichtig, daß man ein gutes Mittel nimmt.  
 Luzernberg-gare 109.

**Reichsversicherungsordnung**  
 mit Eintragungs- und Versicherungsregeln für Preußen, Bayern u. Sardinien.  
 Der erläuternde Text und das höchst praktische alphabetische Sachregister sind verfaßt von **Volksbureauvorsteher Heinrich Dieck**  
 6 (55) Geb. M. 2.-  
**Volksverein - Verlag GmbH, H. Gludbach.**

**Holztafelkastenwagen**  
 Nr. 1885: Hochholganter  
 Marke **Wolger Elefant** - Modell 1913  
 dunkelblau und olive, mit Gummirädern M. 33.-  
 entspricht hygienisch allen Anforderungen. - Verl. Sie Prachtkatalog Nr. 83 gratis u. franko. Westfälische Kinderwagen-Industrie Bruno Nichtzenhain - Dsnabrück

**Uhr**  
 wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Verkauft franko und wenn Sie solche verkauft haben, senden Sie uns 6 M., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungsschreiben  
**Vogt & Co., Heidelberg A 59.**

**Hotel Küstriner Hof**  
 Inh.: Oskar Fuhrmann, Berlin, Madaistr. 8  
 direkt am Schöneberg Bahnhofs  
 5 Minuten von der Zentrale des christl. Gewerkschaftsverbandes. Seit 10 Jahren etablierter Verkehr der Herrin Gewerkschafts- und Arbeiterströme.  
 Empfehle meine peinlich sauberen Zimmer mit guten Betten zum Vorzugspreis von 1,50 und 2,- Mk.  
 Besondere Fahrverbindung nach allen Richtungen der Stadt.  
 Elektrisch Licht, Bad, = Fernsprecher: Amt Köpenick, 18 023.

**100 Heringe**  
 lange haben in deutscher Verpackung.  
 Preis 1.35 M.  
 Vesp. bez. 1.35 M.  
 20 Lose nach Auftragsbestätigung.  
 E. Meißner,  
 Ottensen b. Hamburg 176.

**100 Heringe**  
 lange haben in deutscher Verpackung.  
 Preis 1.35 M.  
 Vesp. bez. 1.35 M.  
 20 Lose nach Auftragsbestätigung.  
 E. Meißner,  
 Ottensen b. Hamburg 176.